

Wöchentlich 70 Bl. monatlich 3,- ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentags ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 15. März 1928 ...

Die einseitige Kampfrichtung ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37535 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten ...

Ein Faschist in Paris ermordet.

Von einem Unbekannten erschossen.

Paris, 14. März.

Heute vormittag ist hier der italienische Faschist Savolieri ...

Savolieri war vor kurzem aus Italien zum Besuch seines ...

der letzten Zeit zahlreiche Drohbriefe von Antifaschisten ...

Mussolinis Rache an Deutsch-Südtirol.

Mussolini hat 87 deutsche Beamte aus Südtirol in das Innere ...

Vorpostengefecht.

Vor dem Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie ist nicht beendet, sondern beginnt.

Seit vier Jahren arbeiten diese Facharbeiter und Angelernten ...

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat schließlich seine Kerntruppe vorgeführt ...

Der Kampf ist nicht bis zu seiner letzten Konsequenz ...

Der Verband Berliner Metallindustrieller hatte zu führen bekommen, daß er es mit einem Gegner zu tun hat ...

Wie dieser Tarif in der Praxis aussehen wird, das wird wesentlich davon abhängen ...

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Kampf der Werkzeugmacher ein Ruhmesblatt dieser Elitegruppe ...

Die Werkzeugmacher haben begriffen, daß es sich hier um mehr als die Festsetzung ...

Auch unter diesem Gesichtspunkt ist der Kampf der Werkzeugmacher sehr aufschlussreich ...

Der Kampf der Werkzeugmacher hat nicht nur bewiesen, daß die gewerkschaftliche ...

Es gibt wohl immer noch Arbeiter, die jederzeit bereit sind, für irgendeine revolutionäre ...

Für Cupen-Malmedy.

Ein belgischer Sozialist fordert im Senat neue Volksabstimmung.

Brüssel, 14. März (Eigenbericht).

Der Senat verliert eine Interpellation des katholischen Senators ...

Das tat an seiner Stelle der sozialistische belgische Senator ...

Ihm antwortete Genosse de Brouckere, der wohl zugab, daß eine zufriedenstellende ...

Agrariersturm in Frankreich gescheitert.

Sie wollten keine Sozialversicherung.

Paris, 14. März (Eigenbericht).

Die Offensiv der französischen Großagrarier gegen das Sozialversicherungsge- ...

Lothringen gegen Elsaß!

Protesttelegramm des Reichs Gemeinderats an Poincaré.

Strasbourg, 14. März (Eigenbericht).

Das 'elfässische Unbehagen' hat eine neue Wölle getrieben, diesmal in Lothringen ...

sehen Ausschüssen genehmigter Entwurf, der eine Kammer des ...

Reichs Gemeinderat macht sich zum Sprachrohr der Ent- ...

Die Abgeordneten Lothringens - lauter Alerikale - die fämlich ...

Längerwährende Bedeutung haben dürfte aber der scharf anti- ...

Wie harmonisch mühte sich doch in einem autonomen ...

Auch die anderen Elässer Blätter - soweit sie antiklerikal und ...

Nationalistische Studentenroheit.

Brüssel, 14. März (Eigenbericht).

Gegen einen Vortrag des demokratischen Reichstagsabgeordneten ...

Budapest, 14. März.

An der König-Karol-Stiftung versuchten vor Beginn einer Vor- ...

KPD. die unglaublichen Parolen ausgeben, kein Mensch, auch nicht die eingeschriebenen Mitglieder der KPD., richten sich danach.

Das haben alle Kämpfe der letzten Monate sehr klar erwiesen. Das hat sich in dem Kampf in der Schwerindustrie gezeigt, das hat sich im Kampf der Metallindustrie und im Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland gezeigt, und das hat sich jetzt wieder erwiesen in der Berliner Metallindustrie. In allen diesen Gebieten und Industriegruppen hat die KPD. einmal eine vorherrschende Stellung eingenommen. Auch heute hat sie dort noch von dem, was von der KPD. übrig geblieben ist, ihre Haupttruppen.

Am Ausgang der Inflation hat es sich die KPD. in diesen Industriezentren leisten können Generalstreiks zu organisieren. Damals wurden auch auf Geheiß der KPD. die gewerkschaftlichen Mitgliedsbücher zerrissen. Damals konnte auch der B.M.D. es ablehnen, einen allgemeinen Facharbeiterarif abzuschließen.

Die Zeiten haben sich geändert. Das müssen zu ihrem Leidwesen B.M.D. und KPD. nach dem Abbruch des Kampfes der Werkzeugmacher feststellen. Und darum war dieser Kampf nur ein Vorpfeilgefecht. Darum stehen wir nicht am Ende, sondern am Anfang des Kampfes in der Berliner Metallindustrie.

Die Situation ist heute eine andere als vor vier Jahren. Sie ist anders in gewerkschaftlicher Beziehung, sie ist aber auch anders, ganz anders in wirtschaftlicher Beziehung. Die Kunst der Unternehmer, Gewinne zu verbergen, ist gewiß groß. Sie ist aber nicht groß genug, um der Arbeiterchaft und der Öffentlichkeit vorzumachen, daß diese Gewinne nicht groß genug wären, um der Arbeiterchaft, ganz besonders in der Berliner Metallindustrie eine bessere Existenzmöglichkeit zu gewähren. Die Metallarbeiterchaft hat ein Anrecht, für ihre gesteigerte Leistung einen gesteigerten und tariflich sichergestellt Lohn zu bekommen. Dieses Recht kann die Arbeiterchaft durch eine starke und disziplinierte Organisation geltend machen. Das hat der Kampf der Werkzeugmacher gezeigt, der nur der Auftakt für den großen Kampf in der Metallindustrie war.

## Das Urteil im Landesverratsprozeß.

Neun Monate Festung für beide Angeklagte.

Leipzig, 14. März.

Im Landesverratsprozeß Solomon-Rüster ist durch den Senatpräsidenten heute folgendes Urteil bekanntgegeben worden: Wegen verurteilten Landesverrats gemäß § 92 Absatz 1 und § 43 des Reichsstrafgesetzbuches werden beide Angeklagten zu je neun Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Exemplare der Nr. 30 der in Hagen erscheinenden Wochenzeitung „Das andere Deutschland“ vom 25. Juli 1925 sind unbrauchbar zu machen.

Die Auslandspresse hat gestern Abend aus Deutschland zwei Meldungen erhalten, die sie gewiß interessieren werden: die Rede des Reichswehrministers Groener im Reichstag und das Urteil über die beiden „Landesverräter“ Rüster und Jacob Salomon in Leipzig.

Sicher hätte es im Interesse Deutschlands gelegen, wenn die Rede Groeners alle in die Welt hätte hinausgehen können, denn sie berechtigt zu der Erwartung, daß in Zukunft für den künftigen Unfug „geheimer Rüstungen“ in Deutschland kein Raum mehr sein wird. Herr Groener wird als Fachmann zu beurteilen wissen, was durch solche militärischen Pubertätsphantasien für die Wehrkraft des Landes gewonnen wird, nämlich weniger als nichts. Desto größer aber ist der politische Schaden den sie anrichten.

Die nützliche Wirkung der Rede Groeners wird durch das Leipziger Urteil zum guten Teil wieder aufgehoben. Politisch denkende Menschen stehen dieser Verhandlung und diesem Urteil geradezu fassungslos gegenüber. Eine angebliche Zeitfreiwilligen-Angelegenheit, die vor drei Jahren gespielt hat und die längst vergessen war, wird noch einmal an allen Straßenecken der Welt plakatiert. Der Prozeß endet mit der Verurteilung der beiden Angeklagten zu einer Ehrenhaft von neun Monaten, also mit der Anerkennung, daß sich die Verurteilten keineswegs von unehrenhaften Routinen leiten lassen. Eine gemeine, verächtliche Handlungsweise, als welche man sich früher einmal den Landesverrat vorgestellt hat, liegt nicht vor. Wozu also überhaupt dieser Prozeß und dieses Urteil? Etwa bloß, um der Nationalistenpresse des Auslandes Gelegenheit zu der Behauptung zu geben, in Deutschland gingen insgeheim noch schreckliche Dinge vor und ihre Aufdeckung werde durch die Drohung mit dem Strafgesetz unterdrückt?

Herr Groener versichert, daß er die Absicht hat, mit den Rüstständen in der Reichswehr aufzuräumen. Dann muß er auch mit dem Unfug aufhören, daß sich die Reichswehr durch das Verschleiben geheim zu haltender „vaterländischer Belange“ vor unangenehmer Kritik zu schützen versucht. Keine „Einhüllung“ kann soviel Schaden anrichten wie das Entstehen der Vorstellung, daß berechtigte Kritik durch die Drohung mit dem Strafgesetz unterdrückt wird. Möge darum das letzte Leipziger Urteil wirklich das letzte seiner Art gewesen sein. Schluß mit der Seuche der politischen Landesverratsprozesse!

## Sehe.

Am 7. September 1926 wurde gegen den Regierungspräsidenten Götzner ein Reineidverfahren eingeleitet, das am 9. Mai vorigen Jahres eingestellt wurde. Ein deutsch-nationaler Bundestagsabgeordneter führte in einer kleinen Anfrage aus, gegen diesen einseitigen Beschluß sei am 19. Mai Beschwerde eingeleitet worden; er fragte das Staatsministerium nach dem Stande des Verfahrens. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

„Die Beschwerde vom 19. Mai 1927 über die Einstellung des Reineidverfahrens gegen den Regierungspräsidenten Dr. Götzner ist inzwischen zurückgewiesen worden.“

Mit dieser Zurückweisung der Beschwerde ist wiederum einer der nicht mehr seltenen Versuche zusammengewaschen, republikanische Beamte durch unbegründete Anzeigen, deren Gestalt auch noch geistlichlich verbreitet wird, vor der Öffentlichkeit herabzuwürdigen, um auf diese Weise den Kampf gegen den republikanischen Staat und insbesondere gegen die republikanische preussische Staatsregierung zu führen. Derartige Treibereien kennzeichnen lediglich die Angreifer.“

# Die Verhandlungen mit Rußland.

## Sozialdemokratische Fragestellung im Reichstagsauschuß.

Vor genau 4 Wochen begannen in Berlin die Wirtschaftsverhandlungen mit Sowjetrußland. Ein Abschluß dieser Erörterungen ist aber noch nicht abzusehen, es sei denn, daß ihnen sehr durch das bekannte Vorgehen gegen Angestellte deutscher Firmen ein vorzeitiges Ende bereitet wird.

Den Verhandlungen gingen allgemeine Besprechungen voran, aus denen bekanntgemacht ist, daß dabei Sowjetrußland außerordentlich weitgehende Kreditwünsche vorgebracht hat. Diese Wünsche sind auf Ablehnung gestoßen. Die Sowjetrußen haben darauf in der Moskauer Presse wiederholt erklärt, daß es sich bei den Verhandlungen nur um eine Auseinandersetzung über beiderseitige Wünsche in bezug auf den Wirtschaftsverkehr handle, aber nicht um russische Bittgesuche nach Krediten oder ähnlichem. Mit anderen Worten: man machte plötzlich gute Miene zum bösen Spiel und stellte sich so, als habe man niemals andere Hoffnungen auf diese Besprechungen gesetzt.

Die eigentliche Anregung zu diesen Besprechungen hat vor Monaten Deutschland gegeben und zwar deshalb, weil

Die deutschen Kredite an die Sowjetunion nicht die erwartete Belebung der deutschen Ausfuhr nach Sowjetrußland gebracht haben.

und auch die Handhabung des Handelsvertrags überwiegend zugunsten der Sowjetrußen, aber nicht im gleichen Maße zu-

gunsten der deutschen Wirtschaft wirkte. Es zeigte sich bald, daß man in grundlegenden Fragen überhaupt von verschiedenen Voraussetzungen ausging, beispielsweise selbst bei solchen Grundfragen wie der Aus- und Einfuhrstatistik. Die Arbeiten wurden deshalb auf 3 Haupt- und 6 Unterkommissionen verteilt. Sie sollen in erster Linie die sachlichen Fragen klären und versuchen, eine Übereinstimmung über die strittigen Fragen herbeizuführen. Ueber das materielle Ergebnis dieser Arbeiten ist zwar bisher nichts Näheres bekanntgeworden; es hat jedoch den Anschein, als sei man von einem Abschluß der Erörterungen noch ziemlich weit entfernt.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages wird in den nächsten Tagen einen Bericht über die letzte Tagung des Völkerbundrates entgegennehmen. Auf Wunsch der Sozialdemokratie soll die Tagesordnung um einen weiteren Punkt, den „gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Verhandlungen“ ergänzt werden.

## Neue Verhaftungen im Donezbecken.

Auf Anordnung Zubnows sind im Donezbecken neue Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Leiter des chemischen Trusts im Donezbecken. Die Verhaftung wird damit begründet, daß die Trustverwaltung die Werke missentlich falsch geleitet habe.

# 130 Millionen für Preußentasse.

## Ein grundlegendes Reformgesetz.

Das preussische Staatsministerium hat dem vom Finanzminister vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und über eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung des preussischen Staates zugestimmt. Die Kapitalbeteiligung des preussischen Staates bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse wird von 45 Millionen Mark auf 130 Millionen Mark auf 175 Millionen Mark erhöht. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse wird gleichzeitig zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gestaltet, deren Träger die Genossenschaften und der Staat sind.

Der Gesetzentwurf ist gestern dem preussischen Staatsrat vorgegangen und soll noch bis zur Auflösung des Landtages auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung verabschiedet werden. Der Amtliche Preussische Pressedienst begründet diese auch für die Lösung der gegenwärtigen Agrarfrage höchst bedeutsame Aktion zunächst mit der Tatsache, daß für die von der Preußentasse gewährten 900 Millionen Mark das gegenwärtige Kapital nur 60 Millionen Mark viel zu niedrig ist. Ein erheblicher Teil des Eigenkapitals sei (wie bei der Raiffeisen-Bank mit 40 Millionen

Mark) in langfristigen Krediten auf unabsehbare Zeit festgelegt. Die Forderungen an die Genossenschaften seien mehr oder weniger eingefroren. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Preußentasse die gewährten Kredite zu einem erheblichen Teil aus dem freien Geldmarkt und bei der Reichsbank entnehmen müsse, daß auf der anderen Seite die Reichsbank eine Garantie für die Langfristigkeit der Reichsbankgelder nicht übernommen habe, hält das preussische Staatsministerium eine Erhöhung um 130 Millionen für notwendig, aber auch für ausreichend. Das Staatsministerium ist bereit, das Reich und die Länder an dieser Kapitalerhöhung zu beteiligen und ihnen einen entsprechenden Einfluß einzuräumen.

In ihrer jetzigen Gestalt sei die Preußentasse den ihr gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen. Um auch organisatorisch aller Schwierigkeiten Herr zu werden, sei für die Preußentasse eine Umgestaltung nach kaufmännischen Grundsätzen für die Behandlung der Geschäfte unabweislich. Die Aufrechterhaltung des Haushaltsplanes sei damit unverzichtbar, und erforderlich sei weiter, daß der Angestelltenapparat vom Beamten in das freie Dienstvertragsverhältnis übergeführt werden müsse, eine Regelung, die auch für das Direktorium erfolgen werde.

Es kommen auf diese hochbedeutsame Reform der Preußentasse, die an den selbsterneuerten von Riquet der Preußentasse gestellten Aufgaben nichts ändert, ausführlich zurück.

## Landbundschwindel.

Der Präsident des Landesfinanzamts Brandenburg hat der Berliner Rechtsprelle das folgende Schreiben zugehen lassen:

„Ueber Massendemonstrationen märkischer Bauern ist vom Reichslandbund in verschiedenen Zeitungen eine Mitteilung veröffentlicht worden, nach der Ausdehnungen von Teilnehmern an dem Demonstrationenzug in April darauf zurückgeführt werden, daß der Vorsteher des Finanzamts trotz Aufforderung sich nicht habe sprechen lassen und unsichtbar geblieben sei, und daß deshalb ein großer Teil der Fenster Scheiben des Finanzamts zertrümmert sei und daß erst durch das Eingreifen des Landrats die Menge zum Abzug bewogen worden sei.“

Gegenüber diesem Verleumdung, die Schuld an dem Vorkommnisse in April auf den Finanzamtsvorsteher abzuschieben, ist folgendes festzustellen:

1. Der Vorsteher des Finanzamts hat in seinem Dienstzimmer eine Deputation von 15 Herren des Landbundes und des Schutzbundes für Handel und Industrie empfangen. Die Verhandlung verlief durchaus ruhig und sachlich.

2. Nachdem die Deputation den Finanzamtsvorsteher verlassen hatte, erschienen einige Mitglieder der Deputation nochmals beim Finanzamtsvorsteher und forderten ihn auf, mit seinen sämtlichen Beamten vor dem Finanzamts-Dienstgebäude zu erscheinen. Diese Forderung hat der Finanzamtsvorsteher abgelehnt.

3. Bereits vor dem Empfang der Deputation wurden durch Steinwürfe eine Fensterscheibe sowie der an dem Gebäude befindliche Reichsadler zertrümmert. Nach dem Empfang wurden weitere rund 70 Fensterscheiben zertrümmert.

4. Schließlich haben der Landrat und der Vorsteher des Finanzamts gemeinsam in der Absicht, die Menge zu beruhigen, an diese von der Tür des Finanzamts aus eine kurze Ansprache gerichtet.

Die Darstellung des Reichslandbundes ist somit zum Teil unrichtig, zum Teil irreführend. Hiernach habe ich gegen das Verhalten des Finanzamtsvorstehers nichts zu erinnern.“

## Wer provoziert?

Die „Kreuzzeitung“, das Organ, das die Staatsautorität im Rande führt, schrieb nach den Kryniger Vorfällen:

„Es ist den Bauern erst. So groß wie die Not, ist ihre Erregung. Und wenn sich, wie seinerzeit der preussische Landwirtschaftsminister, in Krynitz der Finanzamtsleiter verleugnen ließ und dadurch erreichte, daß von der erregten Menge Fensterscheiben des Finanzamts zertrümmert wurden, so trifft die Schuld daran nur den, der durch die Belagerung, die Bauern anzuhören, ihre Erregung bis zur Stechhöhe provoziert hat.“

Mit der Umwälzung der Verantwortung auf den Finanzamtsleiter ist es nichts. Wer hat also die Erregung der Bauern provokatorisch bis zur Stechhöhe gesteigert? Die Landbundesleiter,

die den Finanzamtsleiter mit sämtlichen Beamten Krauen stehen lassen wollten, und mit ihnen Wütter vom Schlage der „Kreuzzeitung“.

## Gegen frondierende Kreisblätter.

Die preussische Regierung beseitigt die monarchistischen Kreisblätter!

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin machte dem Regierungspräsidenten in Arnberg am 8. Oktober 1927 darauf aufmerksam, daß die „Dortmunder Zeitung“ (das amtliche Kreisblatt des Landkreises Dortmund) am 21. September 1927 einen scharfen Vorstoß gegen die preussische Regierung wegen ihres Eintretens für die Reichsflagge unternahm. Das Blatt schrieb unter anderem folgendes:

„Es ist erfreulich, daß die Hoteffers auch angesichts des wirtschaftlichen Notstands nicht zu Kreuze kriechen und am 2. Oktober doch noch die schwarzweißrote Fahne zeigen. Wenn daneben auch die schwarzrotgoldene geflitzt werden soll, so haben die wackelnden Republikaner wirklich keine Ursache, darüber besonders zu triumphieren, denn so lange die neuen Reichsfarben nicht ganz und freudig vom Prinzenmann gezeigt werden, sind sie nicht populär. Der Streik um die Staatsform hätte längst keine gegenwärtige Schärfe verlieren, wenn in Weimar nicht der leidige Flaggenwechsel vorgenommen worden wäre.“

Darauf hat der Regierungspräsident König in Arnberg den Vorfall an das Ministerium des Innern berichtet, und es ist nunmehr unter dem 9. März 1928 folgende Entscheidung ergangen, die sämtliche Kreisblätter des Regierungsbezirks Arnberg beseitigt:

„Auf Vorschlag hat der Herr Minister des Innern unterm 1. März 1928 genehmigt, daß ab 1. April 1928 das Regierungsamtblatt als ein einheitliches Veröffentlichungsorgan für sämtliche mir unterstellten staatlichen Behörden und Dienststellen zu gelten hat. In Vertretung: gez. Dr. Hüster.“

## Phoebus-Untersuchung beginnt.

Der 15gliedrige Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstages begann heute die Besprechung der Phoebus-Denkschrift. Der Ausschuh beschloß, die Beratungen für „nicht öffentlich“ zu erklären, um der Regierung Gelegenheit zu geben, alle bis ins einzelne gehenden Auskünfte zu geben. Am Schluß der Beratungen im Unterausschuß wird ein zusammenfassendes Protokoll aufgestellt werden, das dem Haushaltsausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.

Das Parlament von Maragua hat mit 22 gegen 16 Stimmen einen Gesetzentwurf verworfen, welcher den Vereinigten Staaten das Recht verliehen sollte, die kommende Präsidentenwahl in Maragua zu „überwachen“.

# Die Ehescheidungsreform.

Antrag Kahl vom Rechtsausschuss angenommen. — Jetzt hat das Reichstagsplenum das Wort.

Der Rechtsausschuss des Reichstages legte gestern die Beratung des zur Ehescheidungsreform gestellten Antrages Dr. Kahl, Kumppe, Dr. Lüders, Dr. Rosenfeld fort. Zunächst erümpf sich eine lebhafteste Debatte über den Absatz 3 des § 1568 u. nach welchem auf Scheidung geklagt werden kann, wenn die Ehegatten mindestens fünf Jahre voneinander getrennt gelebt haben. Genosse Landsberg trat für diesen Antrag ein. Die Volksparteier ließen aber diese Bestimmung fallen und infolge dessen wurde sie gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Angenommen wurde die weitere Bestimmung, daß die Scheidung im Falle der Zerrüttung der Ehe erst ausgesprochen wird, wenn die Ehegatten sich über ihre gegenseitige Unterhaltspflicht und über die Sorge für die gemeinsamen Kinder geeinigt haben. Kommt die Vereinbarung nicht zustande, so wird die Regelung durch das Urteil ersetzt.

Der Ausschuss beriet alsdann den deutschnationalen Antrag, nach welchem eine Scheidung nur ausgesprochen werden darf, wenn die Ehe mindestens drei Jahre bestanden hat, wenn sie kinderlos ist oder die Kinder das 18. Lebensjahr erreicht haben, wenn die Ehefrau das 41. Lebensjahr oder der Ehemann das 60. Lebensjahr überschritten hat. Für diesen Antrag stimmten nur die Deutschnationalen und das Zentrum, er war damit abgelehnt.

Ferner beschloß der Ausschuss, daß ein Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn durch eine Geisteskrankheit des anderen Ehegatten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugewendet werden kann. Ein einschränkender Antrag, nach welchem die Ehescheidung ausgeschlossen sein soll, wenn die Geisteskrankheit nur eine vorübergehende ist, wurde auf Widerspruch des Genossen Rosenfeld abgelehnt.

Schließlich beriet der Ausschuss die Frage der Unterhaltspflicht der Ehegatten nach der Scheidung. Die hierzu vorliegenden Anträge wurden abgelehnt.

Damit hat der Rechtsausschuss die Beratungen der Ehescheidungsreform beendet. Die Beschlüsse des Ausschusses gehen nunmehr an das Plenum und es wird Sache der sozialdemokratischen Fraktion sein, dafür zu sorgen, daß der jetzige Reichstag die Ehescheidungsreform verabschiedet.

Entsprechen die jetzt angenommenen Anträge auch bei weitem nicht der von der Sozialdemokratischen Partei beantragten Ehescheidungsreform, so würde bei Annahme der Anträge doch immerhin ein kleiner Fortschritt erzielt sein. Schon gegen die jetzt beschlossenen Formulierungen laufen die Deutschnationalen und das Zentrum Sturm, und es ist bezeichnend, daß der deutschnational Abgeordnete von Freytag-Loringhoven der Deutschen Volkspartei schon bei dieser geringen Abänderung der Ehescheidungsbestimmungen den Vorwurf des Ehebolshewismus gemacht hat.

# Um die Erhöhung der Invalidenrente.

Keine Einigung im sozialpolitischen Ausschuss.

Der sozialpolitische Ausschuss behandelte am Dienstag und Mittwoch den Gesetzentwurf über die Rentenänderungen in der Invaliden- und Altersrentenversicherung.

Die bürgerlichen Parteien wollten nun einer weiteren Rentenerhöhung nicht zustimmen. Das Zentrum erklärte allerdings, allen weitgehenden Anträgen, abgesehen von den Anträgen der Kommunisten, zuzustimmen. Eine solche Mehrheit gefährdete allerdings das Reformprogramm.

Nachdem die bürgerlichen Parteien zu weiteren Zugeständnissen nicht zu bewegen waren, wurde die Beschlussfassung auf Donnerstag vertagt.

# Polens neues Parlament.

Der aneinheitsliche Regierungsbund.

Dem Regierungsbund in Polen, für den Lector und Schwandke im höchsten Maß eingesetzt wurden, sind im Sejm 135 von insgesamt 444 Mandaten zugefallen, im Senat 33 von 111. Während im Sejm andere Parteien sich dem Regierungsbund zugehörig mäßigten, um eine Mehrheit für die Regierung zu schaffen, genügt im Senat einige wenige Stimmen dazu. Unter den Minderheitsparteien haben die Deutschen besonders gut abgeschnitten. Sie haben im Sejm insgesamt 19 (bzw. 4 Sozialisten) gegen vorher 17 Mandate erreicht, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß bei den vorigen Wahlen zahlreiche Deutsche das Land verlassen haben und daß auf der Staatsliste, die 72 Sitze verteilt, infolge eines Rückganges der übrigen Minderheiten, mit denen voriges Mal eine Listenverbindung bestand, diesmal zwei deutsche Mandate eingestrichelt wurden. Sowohl in Polen wie in Pommern ist eine Verdoppelung bzw. Verdreifachung der deutschen Mandate eingetreten. Im Senat bleibt der Befehlstand der Deutschen mit 5 unverändert; ein Mandat in Oberschlesien wurde verloren, ein anderes in Pommern hinzugewonnen.

Der Regierungsbund hat sich nicht auf ein Programm, auf eine bestimmte Weltanschauung, auf bestimmte Interessen hin zu einem Machtfaktor entwickelt, sondern ausschließlich auf die Person Pilsudski's, in seinen Reihen finden sich die verschiedensten Elemente, von weit links stehenden Intellektuellen, Arbeitern und Bauern bis zum abligen Großgrundbesitz. Wie leicht wird in der praktischen Arbeit dieser Wahlblock sich in mehrere Fraktionen aufteilen, vielleicht werden auch Angehörige anderer Parteien im weiteren Verlauf Verbindungen mit diesen Fraktionen aufnehmen, wobei es nur fraglich ist, ob die Linke des Regierungsbunds zu der parteimäßigen Linke, die im Sejm über 120, im Senat über 18 Mandate verfügt, hinübergelagert wird oder diese für die Regierung gewinnt. Das wird alles von dem künftigen Kurs der Regierung Pilsudski abhängen und es wird dabei auch wesentlich sein, wie sie sich zu den rund 90 Minderheitenvertretern stellt, unter denen den Deutschen eine wichtige Rolle zufällt.

Gegen die Schwandkeiten und Einschüchterungen in Westpolen wie in den Ostgebieten sind bereits verschiedene Wahlproteste angemeldet.

In Krakau wurde auf der Straße der ehemalige sozialistische Sejmabgeordnete Wolanski verhaftet. Er wird wegen einer Versammlungsrede, die er noch als Abgeordneter gehalten hat, angeklagt.

Der frühere polnische Ministerpräsident Skymiski ist als Dritter in das Schiedsgericht zwischen Peru und Chile berufen worden.

# Münchener Justiz.

Zgl. die Feststellungen im bayerischen Untersuchungs-ausschuss über die Mißhandlung der jüdischen Exilten.



„Selbstverständlich fehlt bei diesen Taten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit!“

# Sozialdemokratie und Reichswehr.

„Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr; unser Kampf geht um die Reichswehr!“

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-sitzung stand der Reichswehr. Nach einer Programmrede des Reichswehrministers Groener nahm Genosse Künzler das Wort zu folgenden Ausführungen:

Der Reichswehrrat verfährt auch heute noch viel zu große Summen. Ohne die Schatzkraft und den militärischen Wert der Reichswehr zu schädigen, könnten die von der Sozialdemokratie verlangten Einsparstriche von ungefähr 50 Millionen vorge-nommen werden. Zu bemängeln ist, daß das Reichswehrministerium auch in diesem Jahre nicht auf Bauhaushemilligungen verzichtet hat. Da alle diese Mittel übertragbar sind und so für die nächsten Jahre eventuell zur Verfügung stehen, kann man sich ein Bild von der finanziellen Manövrierfähigkeit machen, die die Herrschaft von der Reichswehr in die Hand bekommen. Das Reichswehrministerium hat Jahre hindurch unerschrocken aus dem Vollen schöpfen können. Dafür spricht die eine Tatsache, daß aus-übertragbaren Fonds der Heer- und Marine in 1927 Reichtummen von insgesamt 90 Millionen Mark übernommen wurden. Der Berichterstatter des Reichsrats hat darauf verwiesen,

daß die Ausgaben für die Reichswehr 33 Proz. der tatsächlichen Ausgaben des Deutschen Reichs betragen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das alles vertritt sich nicht mit der Sparfameleispolitik, die als unbedingt notwendig verkannt wird. Unsere sozialpolitischen Anträge wie auch unser Antrag, für Zwecke der Rinderpestung fünf Millionen bereitzustellen, wurden abgelehnt. Demgegenüber wird es aufreißend, wenn auf der anderen Seite ein Reichswehretat von Millionen bewilligt wird,

es wirkt aufreißend, wenn die Senkungen bei sozialen Ausgaben 45 Proz., bei den Ausgaben für Heer und Marine 1 Proz. betragen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es ist ein Märchen, wenn man uns nachsagt, daß wir gegen die Reichswehr im allgemeinen seien. Im Gegenteil, wie die anderen Parteien auch halten wir es für unsere Pflicht, für die Reichswehrsoldaten, die 12 Jahre an die Waffen gebunden sind, als Menschen zu sorgen. Wir achten und schätzen den Soldaten. Wir fordern für den Soldaten der deutschen Republik eine an-ständige Behandlung durch die Vorgesetzten. Deutsches Land haben zu verschwinden, denn sie schädigen das Ansehen der Reichswehr und damit das Ansehen der deutschen Republik. Auch bei der Reichswehr soll der Soldat nicht Staatsbürger zweiter Klasse sein, sondern diejenigen Freiheiten haben, die ihm die Reichsverfassung gewährt.

# Gegen den Militarismus.

Der Kampf der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion im alten Reich war auf wehrpolitischem Gebiet in erster Linie der Versuch, den Geist des Militarismus zu bannen, der in der Armee wütete und von da aus das ganze deutsche Volk verfeuchte. Durch die Pflege der Traditionen der kaiserlichen Armee und die Pflege der Exzelsivität des Offizierskorps erwacht die Gefahr, daß der Geist des Militarismus wieder keine Aus-erzehrung erleben könnte. Dabei kommt es gar nicht darauf an, wie groß ein Heer ist. Auch in einer kleinen Wehrmacht kann Militarismus herrschen. Militarismus ist kein bestimmtes Wehr-system, sondern das Bestreben des Militärs, sich im Staate eine Sonderstellung zu schaffen und, statt dem Staate zu dienen, ihn durch Einschüchterung auf den Staatsapparat zu beherrschen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solche Ansätze sind in der Reichswehr vorhanden, und das beste Feld dafür ist eine ständige feste und gefährliche Traditionspflege in der Reichswehr. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das würden meine politischen Freunde nicht. Wir wünschen vielmehr, daß die Reichswehr endlich den Anschluss an den Geist der Demokratie finde. Auf dem Umweg über die Traditionspflege, wie sie in der Reichswehr aufgeföhrt wird, wird mit allen Mitteln und an gewissen Stellen ganz planmäßig lediglich der Geist der alten Armee konser-viert. Dieser Geist war aber un-demokratisch, war der Geist der Feudalität; niemals aber hat dieser kaiserliche Geist in einem Heer der Republik Platz.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch ein Wort zu den Bundesratsprozessen sprechen, die zu einer Landesverratsverfälschung geworden sind.

Wenn man schon Klagen wegen Landesverrats erheben will, dann gehören ganz andere Kreise und Personen in den Anklage-zustand als die Vertreter der Presse. Das hat der Fall des Majors

a. Badike gelegentlich der Proklamation des Leutnants a. D. v. Treu-low nur zu deutlich gezeigt. (Sehr wahr! links)

Für die ausscheidenden Heeresangehörigen hat die Sozialdemokratie sich stets eingesetzt. Ohne ihre Unterstützung bei der Beratung der Versorgungsgeetze wäre es der Reichswehr niemals in den Sinn gekommen, die Renten für die Kapitulanten zu erhöhen oder die Wiedererholungsmaßnahmen der Zivilversorgungsensich-tigung zu beschließen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man aber das Kapitel „Unterbringung der Versorgungsberechtigten“ betrachtet, dort man nicht vergesse, daß die schwierige Wirtschaftslage die Vermehrung der Gesamtzahl der Kapitulanten, die Unterbringung der Schwerbeschädigten und die Versorgung jener Beamten aus der Schutzpolizei und dem Reichswasserbau die Sache viel schwerer macht als vor dem Kriege. Die berechtigten Klagen der Arbeit-er aus den Heeresbetrieben, für deren Abstellung der vorige Wehrminister eingetreten vertritt, haben sich kaum geändert. Es wäre eine Aufgabe des neuen Wehrministers, mit dem brutalen und schmerzhaften Unternehmungsgeist in den Heeresbetrieben endlich aufzuräumen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nun meinen Vorgesetzten ist zu erkennen, was schon mein Fraktionskollege Dr. Hildebrand auf unserem letzten Reichstagsparlament in Kiel zum Ausdruck gebracht hat: Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr; unser Kampf geht um die Reichswehr, damit sie ein zuverlässiges Instrument der Republik werde.

# Deutschland hat abgerüstet! Wo bleiben die andern?

Der Militarismus ist heute wie in den Jahren 1913/14 ein gefährlicher Feind des Friedens. Heute stehen bereits annähernd eine Million Soldaten mehr unter Waffen, als bei Ausbruch des Weltkrieges (Hört, hört! bei den Soz.), obwohl die alten Militärmächte Deutschland und Österreich-Ungarn nicht mehr existieren. Hier möchte ich ein paar Worte an die Adresse der ehemaligen Feindstaaten richten. Eine Entspannung wird in Europa erst dann eintreten, wenn auch die ehemaligen Feindstaaten den im Artikel 8 des Versailler Vertrages aufgestellten Grundsatzen, der zur Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß fordert, anerkennen und durchführen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die ehemaligen Gegner haben sich im Friedensvertrag grund-sätzlich zur Abrüstung bekant; sie sollen auch ihrerseits mit der Abrüstung beginnen.

Nicht zuletzt fand in dem Deutschland der Nachkriegszeit der Nationalismus der Jetztzeit so reiche Nahrung, weil die schreienden Männer der Siegerstaaten dem neuen Deutschland das Leben außer-ordentlich erschweren, und selbst eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Deutschland hat keine Wehrmacht, die den Frieden bedroht. Es ist arbeitslos an der Welt, daß nun auch Frankreich, England und andere Großmächte wach machen, was im Friedensvertrag niedergelegt ist.

Wir Sozialisten haben das Recht, diese Forderungen zu er-heben. Wir sind grundsätzlich für eine allgemeine Abrüstung in allen Ländern. Nur diese allgemeine Abrüstung garantiert den Frieden. (Zustimmung bei den Soz.)

# Appell an die Reichsregierung.

Auch von der Reichsregierung erwarten wir eine starke Initiative in der Abrüstungsfrage. Unbekümmert um Stahlhelm und Wehrmachtswelt auch die deutsche Reichsregierung alle Kräfte mobilisieren helfen, damit das waffenstarrende Europa verschwindet. (Sehr richtig! links), und wenn ein deutscher Reichswehr-minister ebenfalls als Vorkämpfer für die Abrüstung sich betätigt, so wird dadurch vor aller Welt dokumentiert: Deutschland will für alle Zukunft mit allen Völkern in Frieden leben, und der Reichswehr-minister selbst, wenn er eine solche Mission auch übernimmt, dabei keinen Schaden als Minister des Reichswehrministeriums.

Wenn der Reichswehrminister das in die Tat umsetzt, was er im Ausschuss als sein Ziel und Programm erklärte — „Wir wollen die Lösung weitausgestreuter Volkstrennen; die Sym-bol des Staates müssen gewahrt werden; wer das nicht tut, gehört nicht in die Reichswehr!“ — erwacht er sich ein großes Ver-dienst um die Republik. (Sehr richtig! links.) Mit Ver-sprechungen allein ist es aber nicht getan, dem Wort muß auch die Tat folgen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der übrige Teil des Reichstagsberichts wird in der Beilage ver-öffentlicht.

# Die Reichsbahn giebt Del ins Feuer

## Dorpmüller muß verreisen.

Den Tarifgewerkschaften ging heute morgen folgende Mitteilung zu:

„Das Ergebnis der heutigen Verhandlungen ist mir vorgetragen worden. Nach Lage der Dinge wäre es auch mir nicht möglich, eine andere Antwort zu geben, als es heute geschehen ist. Ich glaube daher, von einer weiteren Verhandlung absehen zu sollen, zumal ich Donnerstag durch eine nicht verschiebbare Reise von Berlin ferngehalten bin.“

Deutsche Reichsbahngesellschaft. Der Generaldirektor: Dorpmüller.“

Das Schreiben des Herrn Generaldirektors ist die Antwort auf das Verlangen der Eisenbahnerverbände, nochmals eine Verständigung mit der Hauptverwaltung anzubahnen und zu diesem Zweck neue Verhandlungen anzubereiten, an denen der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft persönlich teilnehmen soll.

Der Herr Generaldirektor selber hält es also nicht einmal der Mühe wert, eine Verständigung mit den Organisationen der Eisenbahner zu versuchen. Ein solches Verhalten müßte schon härter denn als unhöflich bezeichnet werden, wenn die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft sich nicht von vornherein auf die Totalität eingestellt hätte, dem Personal nicht das geringste Entgegenkommen zu zeigen, um dem Schlichter, dem man die ganze Angelegenheit ohne weiteres zuschiebt, nicht einmal eine Verhandlungsgrundlage zu bieten.

Die Verantwortung für eine Lohnerhöhung wollen die Herren von vornherein von sich abwälzen. Und zwar einmal mit Rücksicht auf die „Industrie“, die ja recht stark in der Hauptverwaltung vertreten ist, hauptsächlich aber wohl in der Absicht, unter Berufung auf eine der Reichsbahn „aufgezwungene“ Lohnerhöhung, eine Tarifserhöhung durchzusetzen und die „Schuld“ sowohl für die notwendigen Lohnerhöhungen wie für die etwa folgenden Tarifserhöhungen auf die Schlichtungsinstanzen zu schieben.

Kun, so oder so: die Eisenbahner können sich weder damit abspesen lassen, daß die Hauptverwaltung erklärt, für die Aufbesserung der Eisenbahnerlöhne sei kein Geld da, daß der Herr Generaldirektor verreisen muß, zu Einigungsversuchen keine Zeit hat und sie für zwecklos hält, noch können sie auf jegliche Besserstellung verzichten, weil mit Tarifserhöhung gedroht wird.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft es nicht einmal der Mühe wert hält und im Ernst nicht einmal den Versuch macht, sich mit den gewerkschaftlichen Vertretern ihres Personals über eine Verbesserung der Lohnbedingungen zu verständigen. Gerade die Reichsbahngesellschaft, die auf die Beschäftigung eines arbeitsfähigen Personals zu annehmbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen den größten Wert legen müßte, weicht dem gerade Wege dazu aus und sucht durch allerlei mehr oder weniger einwandfreie Profile die einzelnen Gruppen ihres Personals gegeneinander auszuspielen.

Zur Beilegung des Lohnstreits bei der Reichsbahn ist vom Reichsarbeitsministerium Staatssekretär a. D. von Röllendorf als Schlichter bestellt worden. Wann die Schlichtungsverhandlungen stattfinden, steht im Augenblick noch nicht fest.

Dresden, 14. März. (Eigenbericht.)

Die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner des Direktionsbezirks Dresden nahmen eine Entschloßung an, die sich scharf gegen die ablehnende Haltung der Reichsbahnhauptverwaltung hinsichtlich der Erhöhung der Löhne wendet. Die im Verlauf der Versammlung gemachte Mitteilung, daß die Reichsbahndirektion Dresden bereits Kampfparierungen trifft, rief große Erregung hervor. Tatsächlich sind an die Wartegeldeempfänger und Ruhestandler Schreiben verschickt worden, in denen aufgefordert wird, sich für den Dienstantritt bereitzuhalten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Deutschen Verkehrsband. Sie enthält an aussichtsreicher Stelle seit Jahren erprobte Kandidaten, die schon bewiesen haben, daß sie sich für ihre Kollegen erfolgreich einsetzen können. Eine Stimmabgabe auf andere Listen bedeutet Zersplitterung und Schwächung der gerade für die Behördenangestellten und Arbeiter notwendigen Einheitsfront. Bislang hatte der Hauptbetriebsrat beim preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern neun freigewerkschaftlich organisierte Mitglieder namensgemäß.

## Eine Abfuhr der Eisenbahnverwaltung. Mit Schnaps gegen ein Betriebsratsmitglied.

In einem Eisenbahngüterwagen fand sich eine zum Transport bestimmte Karbflosche mit Brauntwein, deren plombierter Verschluß geöffnet und deren Inhalt um einen Liter erleichtert war. Es wurde ermittelt, daß ein Güterbodenarbeiter H., der als Liebhaber alkoholischer Getränke bekannt und schon öfter betrunken bei der Arbeit angetroffen war, sich an dem fremden Brauntwein gütlich getan hatte. Beamte des Eisenbahnerüberwachungsamtes nahmen H. ins Gebet und sorgten nach Mitschuldigen. Nun stellte sich H. als Opfer einer Verführung hin. Er gab an, ein Packer B. habe ihm die geöffnete Flasche zum Trunk dargereicht. Durch diese Angabe hat sich H. tatsächlich von einer Bestrafung freigemacht. Ihm geschah nichts.

Aber der Packer B., der Mitglied des Betriebsrats ist und sich seit zehn Jahren im Dienste der Eisenbahn einwandfrei geführt hat, sollte über die Klinge springen. Seine Entlassung wurde beim Arbeitsgericht beantragt. Der Arbeiter H. trat als Zeuge auf. Er macht den Eindruck eines geistig minderwertigen Menschen. Er hat schon bei der Vernehmung durch den Eisenbahnbeamten in seinen Angaben geschwankt und vor Gericht gab er schließlich zu, daß er den Arbeiter, der ihm die Flasche darreichte, in dem dunklen Güterwagen gar nicht erkennen konnte, sondern nur annahm, daß es B. gewesen sei.

Nach dieser der Eisenbahnverwaltung völlig mißlungenen Beweisaufnahme lehnte das Gericht den Antrag auf Kündigung des Betriebsratsmitgliedes B. ab.

Es ist unerbärl, daß die Angaben eines Trunkenbaldes der Eisenbahnbehörde genügen, um gegen einen Arbeiter, der sich zehn Jahre in ihrem Dienst bewährt hat, vorzugehen.

## Das Ofenhegergewerbe in Bedrängnis.

In dem in Nr. 117 des „Bormörts“ unter dieser Überschrift veröffentlichten Bericht ist unferem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen. Von den 20 000 Wohnungen, die im Vorjahre geschaffen wurden, haben nicht 16 Proz. Ofenheizung, sondern immerhin noch 62 Proz. Ofenheizung.

Zu dem Konflikt mit den Gastwirten in Tegell. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß sich unter den in Tegell und Heiligensee durch den Janiralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten gespielten Gastwirtsverbände vier Mitglieder des Vereins der Soch befinden, die Tarifverträge mit den Gastwirten abgeschlossen haben, ist dem Verband mitzuteilen. — Ist die Sperre für diese Betriebe gegenstandslos geworden. Die Sperre wird daher gegen folgende Betriebe aufgehoben: Tegell: Restaurant Grand-Hotel, Inh. Philippoff; Restaurant Lusthaus, Inh. Hoffke; Restaurant Seerestaurant, Inh. Janside; Restaurant Seepavillon, Inh. Spielberg.

Deutscher Verkehrsband, Bezirk Spandan, Potsdamer Str. 43. Die Ausschaltung der Unterstützung für die am Streik Beteiligten erfolgt für Siemensstadt am Donnerstag, dem 15. März, ab 4 Uhr nachmittags im Lokal von Gorchalk, Siemensstr. 26, Ecke Reistraße.

Königsberg, 14. März. Am Freitag, 14. März, 1934, im Lokal von Georg Weimlich, Eisenstraße, Versammlung aller Gewerkschaften und sozialer Gruppen (s. S. 12). Vollständiges Schreiben s. S. 12.

Die Gewerkschaften des Ostpreußen. Am Freitag, 14. März, 1934, im Lokal von Georg Weimlich, Eisenstraße, Versammlung aller Gewerkschaften und sozialer Gruppen (s. S. 12). Vollständiges Schreiben s. S. 12.

Am Freitag, 14. März, 1934, im Lokal von Georg Weimlich, Eisenstraße, Versammlung aller Gewerkschaften und sozialer Gruppen (s. S. 12). Vollständiges Schreiben s. S. 12.

STAA TL. FACHINGEN  
Magen- und Darm-erkrankungen  
(Übersäuerungen, Sodbrennen, Hypoacidität) und Darmkatarrhen  
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11  
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8 6 41

## Die Geldgeber der Hitlerbanden.

### Sie wollen die Löhne um die Hälfte reduzieren.

Die Verhandlungen in der bayerischen Textilindustrie sind gescheitert. Der Deutsche Tagelohnarbeiterverband hatte eine Verbesserung der Löhne um etwa 26 Proz. gefordert, ferner Verbesserung des Urlaubs und der Arbeitszeitbestimmungen. Diese Gewäch nicht übertriebenen Forderungen haben die Unternehmer mit einer förmlichen Herausforderung beantwortet. Sie verlangen einen Abbau des tariflichen Normdurchschnittslohnes um 50 Proz. (!), Abbau der Ueberstundenvergütung um 25 auf 15 Proz., Verkürzung des Urlaubs, Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte für Mantelarbeiten und Ueberstundenfragen und schließlich Geltungsbauer der neuen Lohnbestimmungen bis zum 31. Dezember 1930!

Die Lage in der bayerischen Textilindustrie ist sehr gespannt. Mit dem Ausbruch des Streiks muß gerechnet werden.

In der badischen Textilindustrie droht infolge des rückfälligen Verhaltens der Unternehmer ebenfalls ein Konflikt auszubrechen. Die Leitung der mechanischen Baumwollweberei in Wehr (Wiesental) ließ durch Anschlag mitteilen, daß ab 24. März die Löhne um 20 Proz. herabgesetzt würden. Die bisher mit der Firma geführten Verhandlungen waren ergebnislos. Die Arbeiter haben deshalb die Kollektivkündigung eingereicht. Die Belegschaft beträgt 300 Mann.

## Lohnbewegung der graphischen Arbeiterschaft Kündigung des Lohnarfs der Buchbinder.

Der Tarifauschuss für das Buchbindergewerbe hat nunmehr ebenfalls den Beschluß gefasst, die Mantel- und Lohn-tarifverträge zu kündigen. Verhandlungen über den Neuabschluss von Tarifverträgen sollen umgehend in die Wege geleitet werden. Damit nimmt die Bewegung im graphischen Gewerbe eine weitere Ausdehnung an.

Die Organisationsvorstände der an den Lohnverhandlungen beteiligten Organisationen des Buchdruckgewerbes erlassen einen Aufruf an die Arbeiterschaft des Gewerbes, in dem sie die unverständliche Haltung der Unternehmer zum Ausdruck bringen. Der Vorschlagsprüfung des Zentralratsleistungsamtes wurde einmütig abgelehnt werden, da er den berechtigten Forderungen der Gehilfen nicht annähernd gerecht wird.

Alle weiteren Maßnahmen der Organisationen werden darauf gerichtet sein, eine bessere Lebenshaltung für die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes herbeizuführen.

Die „rote Fahne“ nimmt ergebnislos jeden Schritt auf, wenn er nur gegen die verhassten Gewerkschaften gerichtet ist. So berichtet sie auch in ihrer Nr. 62 vom 13. März über die Sparten-versammlungen der Buchdrucker und nicht dabei folgenden Schwindler auf. Aus den Ausführungen des Verbands-vorstandsmittgliedes Fiedler in der Handlagers-versammlung vom letzten Sonntag sei zu entnehmen, daß die Ablehnung des vorliegenden Spruches durch den Verbandsvorstand nur eine hohle Geste ist, wenn man sich demnachst einem verbindlich erklärten Schlichterspruch fügen will.

Diese Entschloßung ist nur der Ausdruck der kommunistischen Verdrängerung über die Ablehnung ihrer ständigen Kräfte-resolution. In Wirklichkeit nahm die Versammlung lediglich Stellung zu den gegenwärtig zu ergreifenden Kampfmaßnahmen, und sprach dem Verbandsvorstand für seine energische

## Konferenz der Berliner Parteireferenten

Heute Donnerstag, dem 15. März, 1934, Uhr, in den Residenz-Kesseln, Landsberger Straße 31. — Thema: Die Krise in Russland und die Stellung zur kommunistischen Partei. — Für die Aussprache sind vorgemerkt: Abramowitsch, Alexander Klein, Theodor Dan, Paul Levi u. a. Der Bezirksvorsitz.

Haltung des Vertrauens aus. Es braucht den von ehrlichem Vertrauen erfüllten Buchdruckern wohl nicht erst gesagt zu werden, daß der Verbandsvorstand alles daran setzen wird, um eine Verbindlichkeitsklärung des von ihm einmütig abgelehnten Schlichterspruches mit allen Mitteln zu verhindern.

## Vergleich in der mitteldeutschen Landwirtschaft Der Vorschlag des Schlichters erledigt.

Der seit Wochen in der mitteldeutschen Landwirtschaft gehende Lohnstreik ist jetzt durch einen Vergleich zum Abschluss gebracht worden. Der Vergleich belagt folgendes:

Mit Wirkung vom 16. März 1934 erhöht sich der tarifliche Spitzenlohn für Männer und Frauen um je 2 Pf. die Stunde. Soweit eine Erntegelage nicht tariflich vereinbart ist, wird dieselbe Erntegelage wie im Jahre 1927 auch im Jahre 1928 mit der Rogge gemöhrt, daß sie um 1/2 Pf. je Stunde erhöht wird.

Dieser Vergleich bleibt hinter den Wünschen des Deutschen Landarbeitersverbandes erheblich zurück. Trotzdem ist er ein Erfolg, weil dadurch verhindert wurde, daß ein noch schlechterer Vergleichsvorschlag Rechtskraft erlangte. Der Vergleichsvorschlag sah für den Spitzenlohnempfänger nur eine Lohnerhöhung von 1 1/2 Pf. pro Stunde vor. Tatsache ist, daß sich die landwirtschaftlichen Unternehmer trotz allem Sträuben infolge des starken Widerstandes des Deutschen Landarbeitersverbandes mit dem Vergleich abfinden mußten.

## Betriebsratswahl in Ministerien.

Der Hauptbetriebsrat beim preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern wird am 17. und 18. März neu gewählt. Diese Wahl findet gemeinschaftlich mit den Neuwahlen der örtlichen Betriebsvertretungen und der Bezirksbetriebsräte bei den preussischen Regierungen und den Dienststellen im Bereiche des preussischen Finanzministeriums und Ministeriums des Innern statt. Wahlberechtigt sind Angestellte und Arbeiter bei den beiden Ministerien, bei der Bau- und Finanzdirektion und beim preussischen Statistischen Landesamt in Berlin, sowie bei den preussischen Oberpräsidenten, Regierungen, Landratsämtern, Kreisräten, Katasterämtern, Hochbauämtern, Polizeipräsidien und sonstigen staatlichen Polizeidienststellen einschließlich Schuppolizei, Hochbauämtern, Grenzkommissariaten usw.

Jeder Wähler, der die Wahrnehmung seiner Interessen zu befähigen und erforderlichen Händen wissen will, ist verpflichtet, seine Stimme auf die

### Vorschlagsliste Nr. 1.

freigewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterliste (Milk, Secht, Beld usw.), abzugeben.

Diese freigewerkschaftliche Einheitsliste ist eingereicht vom Zentralverband der Angestellten (der Berufsorganisation aller Behördenangestellten im Verwaltungs-, Kassen- und Rangdienst), Bund der technischen Angestellten und Beamten,

# Die Forderung der Neuzeit

verlangt von der Hausfrau, der das leibliche Wohl der ganzen Familie anvertraut ist, heute ein größeres Verständnis für den Nährwert der Speisen, als wir das früher der Fall war. Deshalb hat das wieder neu erschienene Dr. Oetker's Schulkochbuch Ausgabe C bereits begeisterte Aufnahme gefunden, weil es für jede Hausfrau und besonders für alle angehenden ein guter Ratgeber für die Haushaltung sein will, denn es trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung und berücksichtigt die neuen Forschungs-Ergebnisse in der Ernährungswissenschaft. Zahlreiche farbige Tafeln über Fleisch, Gemüse, Pflanz, Kuchen, Torten, über die Anrichtekunst usw. vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist in dauerhaftem Pappband, wo nicht vorzuziehen, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir portofrei zu beziehen. Viele neue und wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen mein bereits in Millionen-Auflage verbreitetes neues farblich illustriertes Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfennig in allen einschlägigen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buch auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Kücherrunder“, mit dem Sie auf kleiner Gasocherflamme backen, braten und kochen können. — Dr. Oetker's Backpulver „Backin“, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Auf die Schutzmarke „Heller Kopf“ wollen Sie bitte achten.

Dr. August Oetker, Bielefeld.



# Die Bluttat der 24jährigen.

## Liegt Vorsatz und Ueberlegung vor?

Die Vernehmungen in der Mordsache Schüler-Charlottenstraße haben im Laufe des gestrigen Tages eine Wendung genommen, die für die verhaftete Erna Anthony sehr bedenklich ist. Die Darstellung der Kontoristin, sie hätte die Bluttat in einem Anfall plötzlicher übermenschlicher Erregung begangen, wird durch die Nachforschungen der Kriminalpolizei und die zahlreichen Zeugenvernehmungen schwer erschüttert.

Wehr und mehr gewinnt es den Anschein, daß die Lösung der Frau Schüler von dem jungen Mädchen mit Vorsatz und Ueberlegung ausgeführt worden ist. Erna Anthony hatte angegeben, daß sie durch Zufall, als sie das Bureau verließ, mit der Aufwartefrau Schüler auf der Hintertreppe zusammentraf und von dieser wiederum in erpresserischer Absicht bedroht worden sei. Da habe sie die Wut gepackt, sie habe ein Messer, das in der angrenzenden Kammer lag, ergriffen und der Frau dann in maßloser Erregung die sichtbaren Schnittwunden beigebracht. Die Ermittlungen des gestrigen Tages haben ergeben, daß dieser Bericht der Anthony der Wahrheit nicht entspricht. Am Montag nachmittag nach Geschäfts-schluß hat vielmehr Erna Anthony die Frau Schüler unter einem Vorwand noch einmal ins Bureau kommen lassen. Hier kam es dann zwischen den beiden Frauen zu der Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Mordtat geschah.

Noch schwerer aber fällt gegen Erna Anthony ins Gewicht, daß nach den Aussagen der Angestellten der Firma Beder u. Ehmer in der Aufraumkammer niemals ein Messer gelegen hat, das zum Korrosionsschneiden verwendet worden wäre. Die Mordwaffe hat die Anthony nach ihren widersprüchlichen Auslagen in einen Korb mit Müllfäcken oder einen Sully geworfen. Genaueres kann oder will sie nicht angeben. Die untersuchende Mordkommission neigt nun sehr zu der Ansicht, daß Erna Anthony sich das Messer irgendwo

gekauft hat, aus dem Plane heraus, die Mitwisserin ihres Liebesverhältnisses unschädlich zu machen. Sie hat es dann nach Ansicht der Polizei fortgeworfen, um dieses wichtigste Material für den Verdacht des Vorsatzes und der Ueberlegung loszuwerden. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach diesem Messer sind bisher ergebnislos gewesen. Kriminalkommissar Lippich bittet dringend, ihm in Zimmer 175 des Polizeipräsidiums zweidienliche Angaben über den Verbleib des Messers, sowie darüber zu machen, bei wem und wann sich die Kontoristin ein dolchartiges Messer gekauft hat.

Die Vernehmungen werden heute fortgesetzt werden. Gestern nachmittag ist im Schauhaus durch Prof. Dr. Strauch als Gerichtsort die Leiche der ermordeten Frau Schüler obduziert worden. Im Gegensatz zu den ersten Feststellungen am Tatort ergab sich, daß die Wunden von durchgehenden Messerschlitzen herrühren und nicht von Einstichen, wie man zunächst annahm. Die Hauptverletzungen, deren jede genügt hätte, den Tod herbeizuführen, sind zwei Schnitte, die mit der ganzen Schneidlänge des Messers geführt worden sind. Sie haben, wie schon erwähnt wurde, den Kopf fast vom Rumpfe getrennt. Nach dem Verlauf der Verletzungen ist zu schließen, daß der Angriff nicht von vorn, sondern hinterrücks oder seitlich erfolgte.

Am Boule des gestrigen Tages wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, Zeugen, die sowohl die Anthony wie auch Frau Schüler aus persönlichem Umgang kannten. Die Mordkommission hofft, auf diesem Wege das Dunkel lichten zu können, das immer noch über dem eigenartigen Beweggrund liegt. Alle Vernommenen sagen übereinstimmend aus, daß sie der einen nicht Erpressungen und der anderen nicht eine solche Bluttat zugehört hätten. Die Mordwaffe ist trotz allen Suchens noch nicht gefunden.

## In den Händen des Erpressers.

### Wenn man Briefe schreibt.

Reisebekanntschäften können unangenehme Folgen haben! So geriet auch die Frau eines angesehenen Arztes in einer größeren Provinzstadt in eine peinliche Lage: Sie mußte gestern als Zeugin in einem Erpresserprozeß auftreten, der vor der Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsrat Meyerhoff zur Verhandlung gelangte.

Angeklagt war wegen vollendeter und versuchter Erpressung der Photograph Rudolf Schlesinger, der gegen das Urteil des Schöffengerichts, das ihn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt hatte, Berufung eingelegt hat. Die Frau machte auf einer Reise in Leipzig auf dem Hauptbahnhof die Bekanntschaft des jungen Mannes und blieb mit ihm auch noch einige Zeit in brieflichem Verkehr. Mächtig kam unter Drohungen von dem sauberen „Anwalt“ eine Geldforderung von 500 Mark. In ihrer Angst zahlte sie das Geld und einige Zeit darauf nochmals dieselbe Summe. Diese Nachgiebigkeit erwiebs sich als falsch, denn bald darauf kam eine neue Forderung. Diesmal wurde verlangt, daß 1000 Mark telegraphisch nach dem Postamt in der Neuen Königstraße geschickt werden sollten, anderenfalls würden die Briefe dem Chemann ausgehändigt werden. Run reiste die Bedrohte nach Berlin und ließ den Erpresser, als er das Geld abheben wollte, festnehmen.

Die Frau des Arztes befindet sich in einer peinlichen Situation, da der Chemann von den Dingen, die sie abspiegelt haben, keine Ahnung hatte. Die Terminaladungen hat sich die Zeugin bisher stets über die Adresse einer Freundin austellen lassen. Für die Berufsverhandlung hat Rechtsanwalt Wenzel den Beweis angetreten, daß der Angeklagte Schlesinger infolge erblicher Belastung nicht voll zurechnungsfähig sei und auf seinen Antrag ist Obermedizinalrat Dr. Bürger als Sachverständiger geladen. Dr. Bürger begutachtete, daß der Angeklagte zwar erblich

behaftet, aber keineswegs geisteskrank sei. Der Angeklagte behauptete, daß die erste Zahlung der erpressten Frau freiwillig erfolgt sei, da die geschätzten 500 M. ein Darlehen sein sollten, für das er einen Wechsel in einem Café in Leipzig ausgestellt habe. Die Zeugin bestritt das. Da aber Rechtsanwalt Dr. S. Wenzel auf der Ladung eines von ihm benannten Kellners aus dem Leipziger Café bestand, war das Gericht gezwungen, die Verhandlung zu vertagen. Es wurde beschlossen, den Kellner zu laden. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten blieb jedoch bestehen.

## Feuer bei Kunheim in Niederschöneweide.

Mit der Bekämpfung eines größeren Feuers waren mehrere Löszüge gestern nachmittag auf dem Gelände der Chemischen Fabrik von Kunheim in der Berliner Straße 140 in Niederschöneweide, fast drei Stunden lang beschäftigt. Zwei große Lager-schuppen von etwa 20 Meter Länge wurden ein Raub der Flammen. — Kurz vor 16 Uhr zündeten aus dem Dach des einen Schuppens, in dem sich die Arbeitergarderoben befinden, an zwei Stellen plötzlich meterhohe Stämme hervor. In wenigen Minuten hatte das Feuer den Holzbau in seiner ganzen Ausdehnung erfaßt und war auf einen anschließenden Lager-schuppen, in dem Baumaterialien aufgeschapelt waren, übergesprungen. Als die

**Sonntag, den 18. März, beteiligen sich die Genossinnen und Genossen zahlreich an der vom Reichsbanner veranstalteten Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen mittags 12 Uhr im Lustgarten und anschließend an dem Umzug im Friedrichshain, Abmarsch 15 Uhr, Köstriner Platz.**

# Menschen, Göttern gleich...

44] Roman von Herbert George Wells.

„Reizende Aussicht!“ sagte Mr. Muth misshütig. „Aus einer Kanone durch den Weltraum geschossen zu werden — verlockend.“

„Und darf ich fragen,“ ertönte die Stimme von Vater Amerion, „darf ich nach der Art dieser Behandlung fragen, dieser Versuche, bei welchen wir sozusagen die Versuchskanarienvögel sein sollen? Soll es eine Art Impfung sein?“

„Injektionen,“ erklärte Mr. Barnstaple.

„Ich habe mich noch nicht recht entschieden,“ sagte Ceder. „Das Problem wirft Fragen auf, die in dieser Welt seit Generationen vergessen sind.“

„Ich möchte gleich betonen, daß ich ein eingefleischter Impfgegner bin,“ sagte Vater Amerion. „Absolut. Impfung ist eine Vergewaltigung der Natur. Wenn ich irgendwelche Zweifel gehabt hätte, als ich in diese Welt der — Entartung kam, so habe ich jetzt keine mehr. Nicht im geringsten! Wenn Gott beabsichtigt hätte, daß wir diese Sera und Bakterien in unsere Leiber bekommen sollten, hätte ER natürlichere Mittel vorgezogen, als eine Spritze, damit wir ihrer teilhaftig würden.“

Ceder ließ sich über diesen Punkt in keine Diskussion ein. Er fuhr fort, sich weiter zu entschuldigen. Er müsse die Erdlinge bitten, sich eine Zeit lang innerhalb gewisser Grenzen zu halten, sich auf die Felspitze und die Hänge unterhalb bis zu den Bergwänden zu beschränken. Ferner sei es unmöglich, junge Leute hierher zu sehen, um sie zu bebiene, wie dies geschehen sei, sie müßten selbst für sich kochen und überhaupt selbst für sich sorgen. Die nötigen Vorrichtungen seien oben auf dem Gipfel des Felsens zu finden, und er, sowie Serpentin würden einige nützliche Erklärungen geben. Sie würden genügende Vorräte für sich vorfinden.

„Dann sollen wir also hier allein gelassen werden?“ fragte Mr. Catskill.

„Einige Zeit. Wenn wir in unserer Aufgabe klarer sehen, werden wir wiedertommen und euch mitteilen, was wir zu tun gedenken.“

„Gut!“ sagte Mr. Catskill. „Gut!“

„Ich wollte, ich hätte mein Mädchen nicht mit dem Zuge fahren lassen“, sagte Lady Stella.

„Ich bin bei meinem letzten sauberen Kragen angelangt“, sagte Mr. Dupont mit bitterer Miene. „Es ist kein Spaß, diese Sonntagspartie mit Lord Barralunga.“

Lord Barralunga wandte sich höflich zu seinem besondern Gästling. „Ich glaube, daß Ridley das Zeug zu einem sehr guten Koch in sich hat.“

„Ich habe nichts dagegen einzuwenden, meine Geschäftlichkeit zu erproben,“ sagte Ridley. „Ich habe schon alles mögliche gemacht — und einmal habe ich einen Dampfwagen bedient.“

„Ein Mann, der ein solches Ding in Ordnung halten kann, der kann allerhand“, sagte Mr. Pent mit ungewöhnlicher Begeisterung. „Ich bin gern bereit, mich neben Mr. Ridley aushilfsweise in allem nützlich zu machen. Ich begann meine Laufbahn in einer Schiffsküche und ich schäme mich nicht, es zu bekennen.“

„Wenn uns der Herr die Geräte zeigen will“, sagte Mr. Ridley auf Serpentin zeigend.

„So ist's“, sagte Mr. Pent.

„Und wenn jeder von uns so wenig wie möglich Umstände macht“, sagte Miss Greta Grey.

„Ich glaube, wir werden wirtschaften können“, sagte Mr. Burtleigh zu Ceder. „Wenn Sie uns zuerst eine kleine Anleitung und Hilfe gewähren wollen.“

Ceder und Serpentin blieben bis zum späten Nachmittag mit den Erdlingen auf dem Quarantänefelsen. Sie halfen ein Abendessen bereiten, und stellten es im Burghof auf. Sie verabshiedeten sich mit dem Versprechen, am nächsten Morgen wiedertzukommen, und die Erdlinge sahen ihnen und den sie begleitenden Flugzeugen nach, als sie in die Lüfte aufstiegen.

Mr. Barnstaple war überrascht, als er sich dabei er-tappte, daß ihr Fortgehen ihn verstimmt. Er hatte das Gefühl, daß sich Unheil unter seinen Gefährten vorbereite und daß durch die Abwesenheit der Utopen ein Hindernis für das Eintreten dieses Unheils beseitigt sei. Er hatte Lady Stella bei der Zubereitung einer Omelette geholfen und sollte eine Schüssel und eine Bratpfanne in die Küche zurückbringen, nachdem aufgetragen war, so daß er der letzte war,

Behren an der Brandstätte eintrafen, blüete der gesamte Schuppenkomplex ein großes Feuermeer. Der heftige Wind entfachte das Feuer immer wieder und trieb starke Flammengarden gegen die angrenzende Fachwerklehne der Kohlenfabrik, die gleichfalls in Brand geriet. Das Gebäude war bald mit so dichten Qualmstoffen angefüllt, daß die Wehrleute nur mit Gasmasken versehen gegen den Brandherd vordringen konnten. Zum Glück wurde das Feuer nach dieser Seite bald abgeriegt und konnte durch starkes Wassergeben niedergelöscht werden. — Die Entstehungsurache ist noch völlig ungeklärt.

## Hinckelisse überfällig.

### Angeblieh über Neufundland gesichtet.

London, 14. März.

Der Junker John Lilley der Western Union Funkstation Hearts Content aus Neufundland verbreitet die Nachricht, daß er heute mittags 1,35 Uhr (18,30 Uhr mittelenuropäische Zeit) ein Flugzeug in nordwestlicher Richtung passieren sah.

New York, 14. März.

Der englische Ozeanflieger Hinckelisse, der unter normalen Umständen heute vormittags Neufundland hätte erreichen müssen, ist nunmehr schon mehrere Stunden überfällig. Von Land aus wird scharfe Aussicht nach dem Flieger gehalten. Eine neuseeländische Fischereiflotte, die etwa 200 Meilen von der Küste entfernt tätig ist, wurde ebenfalls benachrichtigt, nach dem Flieger auszuschaun. Hinckelisse führt Brennstoff für 45 Stunden an Bord, und seine Maschine ist fähig, eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 100 Meilen einzuhalten. Man hegt über das Gelingen des Fluges einige Beforgnis, da sich die Wetterbedingungen verschlechtern. In der Rüste von Neufundland herrscht Nebel, aus östlicher Richtung ist ein Sturmgebiet im Anzuge. Man nimmt jedoch an, daß Hinckelisse dieses Schlechtwettergebiet nördlich umfliegen wird, da die Wetterverhältnisse im Norden wesentlich günstiger sind.

## Es soll wieder wärmer werden.

Die gegenwärtige Witterung wird sich, nach den Mitteilungen des Wetterdienstes, in den nächsten Tagen nicht wesentlich ändern. Während der Tagesstunden wird das Quecksilber einige Grad über Null sein, in den Nächten dagegen werden die Temperaturen noch immer -4 bis -6 Grad betragen. Im Westen Deutschlands macht sich bereits eine stärkere Erwärmung bemerkbar, und in der Rheingegend trägt das Wetter stellenweise schon wieder frühlingartigen Charakter. Die Tagestemperaturen betragen durchschnittlich bis zu 6 Grad Wärme. — Im Osten Deutschlands stehen +1 und +2 Grad Tagestemperatur — 12 bis — 13 Grad (Schlesien und Ostpreußen) in der Nacht gegenüber. Im allgemeinen sind Niederdrücke nirgends zu verzeichnen, und wenn nicht alles täuscht, geht es nun doch endlich auf den Frühling zu.

## Ausführung über die Flugplatzverlegung.

Nachdem der von der Stadtoverordnetenversammlung eingesetzte Unterausschuß zur Prüfung der Magistratsvorlage über die Verlegung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt von Wiersdorf nach Beitz das Brieger Gelände beschäftigt hat, werden heute vormittag die letzten Verhandlungen stattfinden. Der kleine Unterausschuß wird um 10 Uhr mit einer Sitzung beginnen, in der die finanziellen Unterlagen der einzelnen Projekte geprüft werden. Um 11 Uhr wird anschließend an diese Beratungen der Ausschuß zusammentreten und die letzten Beratungen über die Vorlage pflegen. Zu dieser Sitzung sind eine Reihe von Sachverständigen geladen, die über die flugtechnische Eignung des Brieger Geländes Auskunft geben sollen. Neben Prof. Hobbs, dem Flieger Köppen und dem Meteorologen Herseberg sind die flugtechnischen Sachverständigen Binder und Hanuschke geladen worden. Zu einer Entscheidung wird es in dieser Sitzung nicht kommen, da die Vertreter der Fraktionen sicher erst mit ihrer Fraktionführung nehmen müssen.

der sich an die Abendtafel setzte. Er fand das Unheil, das er befürchtete, in vollem Gang.

Mr. Catskill hatte sein Abendessen bereits beendet und stand mit einem Bein auf einer Bank, indem er der übrigen Gesellschaft eine Rede hielt.

„Ich frage Sie, meine Herren und Damen,“ redete Mr. Catskill, „ich frage Sie: Steht nicht über dem Erlebnis dieses Tages, „Bestimmung“ groß geschrieben? Nicht umsonst war dieser Ort in alten Zeiten eine Festung. Nun ist er nahe daran, wieder eine Festung zu werden. Um — eine Festung... Neben einem solchen Abenteuer werden die Geschichten von Cortez und Pizarro verblasen.“

„Rein lieber Rupert,“ rief Mr. Burtleigh, „was hast du dir wieder in den Kopf gesetzt?“

Mr. Catskill erhob dramatisch zwei Finger: „Die Eroberung einer Welt!“

„Guter Gott!“ rief Barnstaple. „Sind Sie verrückt?“

„Wie Clive,“ sagte Mr. Catskill, „oder Sultan Baber, als er nach Banipat marschierte.“

„Es ist ein gewaltiges Vorhaben!“ sagte Mr. Hunter, der offenbar auf diesen Vorschlag vorbereitet war, „aber ich bin geneigt, ihm ein Ohr zu leihen. Die Alternative ist, soweit ich es überblicken kann, von innen und außen gescheuert und weißgewaschen, dann in unsere eigene Welt zurückgeversert zu werden — mit der Aussicht, auf dem Rückweg ziemlich stark verbeult zu werden. Erklären Sie es ihnen, Mr. Catskill.“

„Erkläre es ihnen,“ sagte Lord Barralunga, der auch vorbereitet war. „Ich gebe zu, es ist ein Wagnis, aber es gibt Situationen, in denen man Hazard spielen muß, oder es wird mit einem gespielt. Ich bin ganz für die Aktivität.“

„Es ist Hazard — sicherlich,“ sagte Mr. Catskill, „aber auf dieser engen Halbinsel, auf dieser dürratmeile Landes erwartet das Geschick zweier Universen seine Entscheidung, mein Herr. Jetzt ist keine Zeit für Jaghaftigkeit und für lähmende Bedenklichkeit. Ueberlege schnell — handle schnell!“

„Das ist ja einfach gruslich,“ rief Miss Greta; klatschte mit den Händen auf die Knie und lachte Mr. Muth strahlend an.

„Diese Leute,“ unterbrach Mr. Barnstaple, „sind uns um dreitausend Jahre voraus. Wir sind wie eine Handvoll Hottentotten in einer Schaubude in Carls Court, welche die Eroberung von London planen.“ (Fortsetzung folgt.)



# Der Tag der nächsten Reichstagswahl

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis, Freitag, 16. März, 19½ Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses und des Komitees der Kräfte, Postfach 10.
2. Kreis Wedding, Freitag, 16. März, 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes mit den Bezirksleiterbeiräten an bekannter Stelle.

3. Kreis Friedrichshagen, Sonntag, 18. März, findet aus Anlaß des 10. Jubiläums der Revolution von 1848 eine große öffentliche Kundgebung im Friedrichshagen statt. Aufstellung zum Abend um 18½ Uhr auf dem Kottbuser Platz. Abmarsch pünktlich 19 Uhr mit Musik. Redner: Bürgermeister Paul Dietrich, Kreisligaabwärtiger Otto Meier, als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterjugend Willi Schwarz, Rönner und Frauen, erscheint in Massen!

4. Kreis Kreuzberg, Freitag, 16. März, 19½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Richter, Grimmstr. 1.

**Heute, Donnerstag, den 15. März:**  
 77., 98., 99., 100. Wkt. Kreuzberg-Südost. Die für heute abend angesetzte Kreisvorstandssitzung der 29. Gruppe muß unheimlich abgesehen werden.

**Morgen, Freitag, den 16. März:**  
 84. Wkt. Prenzlauer Berg. Pünktlich 19 Uhr Republikanischer Abend des Reichsbanners bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 23-21. Vortrag: „Von 1848 bis 1928.“ Redner: Ministerialdirektor Dr. Feld, Gelangsvorträge: Republikanismus, Aufklärung gemäßliches Bewußtseins. Eintrittspreis 30 Pf. Die Parteimitglieder werden gebeten, diese Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

124. Wkt. Prenzlauer-Berg. 19½ Uhr bei Dick, Hiltbrandstr. 18, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Georg Holbe. Alle Mitglieder müssen erscheinen. „Vorwärts“-Fest und Gampfhilfende sind eingeladen.

**Frauenveranstaltungen:**  
 1. Kreis Wilmersdorf. Heute, Donnerstag, 15. März, 19 Uhr, bei Kreis, Wilmersdorf, Postfach 10, Kreisfunktionsfrauenkonferenz. 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über „Die politische Lage.“ 2. Bericht von der Funktionalistenkonferenz am 9. März. 3. Bericht über die Funktionalistenkonferenz am 9. März. 4. Bericht über die Funktionalistenkonferenz am 9. März. 5. Bericht über die Funktionalistenkonferenz am 9. März.

2. Wkt. Freitag, 16. März, 19½ Uhr, in Cornis Fehlfeld, Cornisstr. 4, Vortrag des Genossen Dr. Herbert Ratz über „Sozialökonomische Forderungen für die Proletarier.“ Am schließlichen Vortrag wird gebeten, alle willkommen.

106. Wkt. Prenzlauer-Berg. Heute, Donnerstag, 15. März, 19 Uhr pünktlich, im Jugendheim Lindauer Straße (Paraden), Vortrag des Genossen Hedwig Enders über „Unter Frauen und das Schicksal 1928.“ Alle Genossinnen und Genossen, Gampfhilfende und „Vorwärts“-Fest sind herzlich eingeladen.

**Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt:**  
 2. Kreis Wedding. Heute, Donnerstag, 15. März, 19½ Uhr, im Sitzungssaal des Arbeiterwohlfahrtsvereins, Schulungsausschuß. Thema: „Das Recht des unehelichen Kindes, Vermundungsmaßnahmen.“ Referent: Genosse Dr. Hollner. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Die für heute, Donnerstag, 15. März, angesetzte Parteimitting findet wegen Erkrankung des Genossen Reinhold nicht statt.

5. Kreis Friedrichshagen. Freitag, 16. März, 19 Uhr, Beiratsung der Sekretarinnen im Pankowischen Kinderheim, Postfach 10.

6. Kreis Kreuzberg. Heute, Donnerstag, 15. März, 19 Uhr, im Gesundheitshaus, Am Urban 10-11, Schulungsausschuß. Thema: „Erwerbsbeschränkte und Waisenkindpflege.“ Referent: Genosse Spilth (ADGB). Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

17. Kreis Prenzlauer Berg. Wegen der Generalversammlung fällt der Schulungsausschuß am Freitag, 16. März, aus. Nächste Ratssitzung findet am Freitag, 16. März, statt.

**Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:**  
 Kreis Prenzlauer Berg. Sitzung für Sonnabend und Sonntag, 17. und 18. März, angesetzte Beiratsung muß ausfallen. Wir beteiligen uns am

rückt heran. — Mit riesigen Geldmitteln sind die Bürgerblock-Parteien ausgerüstet. — Auch bei uns wird der Wahlkampf bedeutende Geldmittel erfordern. — Zahle deshalb jeder, der nur irgend kann, schnellstens seinen freiwilligen Beitrag für den Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei in Berlin auf Postscheckkonto 48743, an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, ein.

Sonntag geschlossen an der Feier für die Märzgefallenen im Friedrichshagen. Montag, 19. März, 19½ Uhr, Beiratsung in der Baracke Ganghoferstraße. Tagesordnung: 1. Beiratsung. 2. Hoffenbewegung. 3. Bericht über die Gruppe Südwest. Die für Donnerstag, 15. März, angesetzte Elternversammlung ist auf Donnerstag, 20. März, 19 Uhr, verlegt worden. — Die Rot- und Jungfrauen treffen sich Sonntag, 18. März, um 12½ Uhr Nord-, Süd- und West-Allianz-Gruppe, zur Beiratsung an der Beiratsung auf der Beiratsung, Erziehung recht zahlreich.

**Jugendsozialistische Vereinigung der SPD, Groß-Berlin.** Donnerstag, 15. März, 19 Uhr, in der Aula des Schiller-Gymnasiums, Postfach 10, am Brunnenplatz, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

**Jugendsozialisten Groß-Berlin:** Sonntag, 18. März, 13 Uhr, Beiratsung an der Märzgefallenen-Demonstration. Treffpunkt an der Beiratsung.

**Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**  
 12. Wkt. Prenzlauer Berg. Am 11. März verstarb unser Genosse, der Tischlermeister Ernst Döhlitz, 66. Ehe seinem Andenken! Beerdigung am Donnerstag, 15. März, 14 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof, Blante Höhe. Wir erwarten recht viele Teilnehmer.

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend** (Nachdr. verb.). Heftig bis heftig, nachts Frost, am Tage Temperaturen etwas über Null, mäßige östliche Winde. Für Deutschland: Im Westen wollos, im Osten meist ziemlich heftiger Wetter, nirgends erhebliche Niederschläge, Tagestemperaturen über Null, nachts besonders in Mittel- und Ostdeutschland verbreitete Fröste.

**Freie Sozialistische Hochschule.**  
 Sonnabend, den 17. März, 19½ Uhr  
 im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Hermann Wendel-Frankfurt/Main  
 „Die Märzrevolution“

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Zimmer 4. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Rixdorsstraße Ecke Luisenpark. — Zigarrengeschäft Hirsch, Engelstr. 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreißendstr. 3. — „Werkzeuge“ Buchvertrieb, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission Engelstr. 24-25 (Gewerkschaftshaus). — Verlagsgesellschaft des ADGB, Abteilung Sortiment, Inselstr. 6a.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**Achtung, Wanderteiler!** Die Wanderteilerkonferenz im März fällt wegen des Verfalls aus.  
 Der Gymnasialklub fällt unheimlich abgesehen, befristet am Sonnabend, 17. März, 19 Uhr, in der Eisbaue Str. 36a.

**Heute, Donnerstag, 15. März, 19½ Uhr:**  
 1. Kreis Prenzlauer Berg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

2. Kreis Kreuzberg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

3. Kreis Prenzlauer Berg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

4. Kreis Kreuzberg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

5. Kreis Prenzlauer Berg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

6. Kreis Kreuzberg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96. 1928. — 97. 1928. — 98. 1928. — 99. 1928. — 100. 1928.

7. Kreis Prenzlauer Berg. 19½ Uhr, im Jugendheim Postfach 10, Vorträge: 1. 1928. — 2. 1928. — 3. 1928. — 4. 1928. — 5. 1928. — 6. 1928. — 7. 1928. — 8. 1928. — 9. 1928. — 10. 1928. — 11. 1928. — 12. 1928. — 13. 1928. — 14. 1928. — 15. 1928. — 16. 1928. — 17. 1928. — 18. 1928. — 19. 1928. — 20. 1928. — 21. 1928. — 22. 1928. — 23. 1928. — 24. 1928. — 25. 1928. — 26. 1928. — 27. 1928. — 28. 1928. — 29. 1928. — 30. 1928. — 31. 1928. — 32. 1928. — 33. 1928. — 34. 1928. — 35. 1928. — 36. 1928. — 37. 1928. — 38. 1928. — 39. 1928. — 40. 1928. — 41. 1928. — 42. 1928. — 43. 1928. — 44. 1928. — 45. 1928. — 46. 1928. — 47. 1928. — 48. 1928. — 49. 1928. — 50. 1928. — 51. 1928. — 52. 1928. — 53. 1928. — 54. 1928. — 55. 1928. — 56. 1928. — 57. 1928. — 58. 1928. — 59. 1928. — 60. 1928. — 61. 1928. — 62. 1928. — 63. 1928. — 64. 1928. — 65. 1928. — 66. 1928. — 67. 1928. — 68. 1928. — 69. 1928. — 70. 1928. — 71. 1928. — 72. 1928. — 73. 1928. — 74. 1928. — 75. 1928. — 76. 1928. — 77. 1928. — 78. 1928. — 79. 1928. — 80. 1928. — 81. 1928. — 82. 1928. — 83. 1928. — 84. 1928. — 85. 1928. — 86. 1928. — 87. 1928. — 88. 1928. — 89. 1928. — 90. 1928. — 91. 1928. — 92. 1928. — 93. 1928. — 94. 1928. — 95. 1928. — 96







## Erinnerung.

Von Hans Brand.

(Schluß)

Der Soldat lehnte sein Gewehr neben der Tür an die Innen-  
seite des Kapellengitters und trat vor die trübende Frau hin. Die  
sah ihn nicht. Der Soldat rief die Kriechende halblaut an. Sie blickte  
verwundert auf. Der Soldat machte mit dem Kopf zur offenen  
Tür hin nicht mißzuverstehende Bewegungen. Die Frau schüttelte  
verneinend ihr schweremühtes Haupt. Der Soldat bedeutete ihr:  
Er müsse das Buch auf dem Betpult umwenden. Eine Seite weiter.  
Solange hätte sie die Sankt Michaels-Kapelle zu verlassen! nachher  
könne sie von neuem vor dem Betpult niederknien. Könne den  
ganzen Tag lang beten. Wenn es dann noch nicht genug gebetet  
sei, setzete sie auch die ganze Nacht lang. Bis zum nächsten  
Morgen 8 Uhr, wenn wieder das Buch eine Seite weitergewendet  
werden müsse. Heute aber habe er den Befehl dazu erhalten. Ver-  
wünftig sein und solange — zwei, drei Minuten nur! — die Sankt  
Michaels-Kapelle zu verlassen! „Um-menden?“ rief die Frau. Hob  
ihre gefalteten Hände himmelan. Die sie gelobend niederfallen.  
Warten auf die nach mühsamen Suchen von ihr gefundene Seite.  
Dortzu, wo geschrieben stand: „Ralph Ruloany, geboren am  
20. Juli 1889 zu Wyke, Bezirk Canterbury; gefallen am 20. Oktober  
1914 zu Langemarck in Belgien.“

Da die stumme Antwort der trübenden Frau keine Mißdeutung  
zuließ, packte der Soldat sie beim Arm, und geriet die mit offenen  
Kräften widerstrebende aus der Sankt Michaels-Kapelle. Dann ver-  
richtete er seinen Dienst. Nicht eilig nach der Vorschriften. Weil  
die Turmuhr schon geschlagen hatte, ging er nicht auf die Schwelle  
zurück, um zu präsentieren. Er bog sich vielmehr unvermittelt zu  
dem Gebetbuch mit den sechstausendfünfhundertundeinundzwanzig  
Namen. Wachte die aufgeschlagene Seite um. Schrieb die Nummer  
der neuen Seite auf ein schmaragdgrünes Dienstblatt, das dem Ab-  
geordneten des Rent-Regimentes mit dem überbevollmächtigten Kom-  
mandostab zugleich allmorgendlich ausgehändigt wurde. Berief die  
Sankt Michaels-Kapelle. Begab sich auch nicht, die Gittertür zu ver-  
schließen, den Schlüssel abzuziehen und einzustechen.

Als der Soldat wenige Schritte durch das Dunkel des Seiten-  
schiffes der Kathedrale gegangen war, ließ sein Fuß an ein Hinder-  
nis. Ein Schredlaut entfuhr ihm. Auf den Steinfliesen lag ein  
Mensch. Eine Frau. Er bückte sich nieder. Es war die aus der  
Sankt Michaels-Kapelle hinausgeworfene.

Der Soldat ließ zum Sakristan und berichtete ihm das Vorge-  
fallene. „Tot?“ fragte der Sträzbiener. Das habe er nicht fest-  
gestellt, antwortete der Soldat betroffen. Doch glaube er es wohl.  
Der Sakristan eilte in die Kapelle. Gegen seine ursprüngliche Ab-  
sicht folgte ihm der Soldat.

Über die Frau atmete.

Der Soldat kratzte sich, händigte dem Dombdiener den Kapellen-  
schlüssel aus und überließ ihm die Fürsorge für die Zusammen-  
gebrochene.

Sobald die schwarzgekleidete Frau wieder zum Bewußtsein ge-  
kommen war, wollte sie — um eines Namens willen — zu dem  
Buch mit den mehr als sechstausend Namen zurückkehren. Aber der  
Sakristan war weder durch gute Worte noch durch Geld zu be-  
wegen, das Gitter vor neuem aufzuschließen. So mußte die Ab-  
geworfene noch am 20. Oktober von Canterbury nach Wyke zurück-  
wandern.

Als der Soldat dem Kommandeur des Rent-Regimentes rappor-  
tierte, daß der ihm erteilte Befehl ausgeführt und das Buch in der  
Sankt Michaels-Kapelle ordnungsgemäß eine Seite weitergewendet  
sei, schrie der ihn an: „Lügell!“ und bewies die Unwahrheit des  
Rapportes durch die Seitennummer auf dem Rechtenblatt des vorher-  
gehenden Tages. Dem Soldaten blieb nur übrig, den Zwischenfall  
am Betpult zu gestehen.

Der Kommandeur legte Gelo an. Bogab sich in die Sankt  
Michaels-Kapelle. Senkte vor dem Buch mit den sechstausendfün-  
hundertundeinundzwanzig Namen der Gefallenen des Rent-  
Regimentes, zur Sühne für das an ihm begangene Unrecht, den  
Kopf. Wachte höchst eigenhändig seine Blätter um. Bis endlich  
die rechte Seite zutage lag. Dann bogab sich der Kommandeur zu  
dem Erbküster. Und es wurde vereinbart, daß — zur ungehinderten  
Durchführung des Erinnerungsdienstes der täglichen Blattumwendung  
— sämtlichen das Gitter der Sankt Michaels-Kapelle — außer den  
Dienern der Kirche — nur noch den legitimierten Abgesandten des  
Rent-Regimentes sich öffnen solle; daß indessen den Angehörigen der  
Gefallenen, damit sie den berechtigten Bedürfnissen ihres Herzens  
Genüge tun könnten, vor dem Gitter der Sankt Michaels-Kapelle  
ausreichende Belegenheit geschaffen werden müsse, bequem und  
läublich zum Gebet niederzuknien.

So ist denn seit Jahren schon die Anwendung der Blätter des  
Gebetbuches in der Sankt Michaels-Kapelle zu Canterbury nach  
jener Weise, von welcher zahlreiche Zeitungen mit Ergriffenheit  
berichteten, Morgen für Morgen ohne Störung verlaufen, wird  
weiterhin — nun längst nicht mehr um der Lösung des licht-  
empfindlichen Pergaments, sondern um der Erinnerung willen —  
ohne Störung ihren Fortgang nehmen.

Dene kümmerlich gekleidete Frau, welche den sinnvollen Er-  
innerungsdienst am Morgen des 20. Oktober 1919 gefährdete, weil  
sie nicht an ein kostbares Buch, sondern nur an einen Menschen  
dachte, jene Mutter, die sich nicht an die sechstausendfünfhundertundein-  
undzwanzig Gefallenen des Rent-Regimentes erinnerte, sondern nur  
an den Sechstausendfünfhundertundeinundzwanzigsten, der ihr Sohn  
war, hat ihr Vergehen nicht wiederholen können. Sie ist am Abend  
des 20. Oktober 1919, eine halbe Stunde Tages vor Wyke, im  
Straßengraben gestorben.

## Tuberkulose und Krebssterblichkeit.

In ihren Beziehungen zur sozialen Lage.

Von Dr. Kantorowitsch.

Die von einigen Hygienikern (Grosshau, Prinzing, Teletz u. a.)  
schon früher hervorgehobene und von Dr. Georg Wolff neuerdings  
statistisch bewiesene Tatsache, daß mit der zunehmenden Industriali-  
sierung und der damit vorhandenen Erhöhung des durchschnittlichen  
Wohlstandes die Tuberkulosesterblichkeit sinkt, wird von vielen Theo-  
retikern der Medizin damit erklärt, daß die dichtwohnende Industrie-  
bevölkerung mit Tuberkulose durchseucht und deshalb gegen häufigere  
Erkrankung immunisiert wird. Zum Teil ist das richtig. Aber nur  
zum Teil; denn andere genaue Untersuchungen haben z. B. ergeben,  
daß innerhalb der Großstädte, in Berlin, in London, in Paris,  
die Tuberkulosesterblichkeit in den Quartieren der dicht wohnenden  
Bevölkerung erheblich größer ist, als in den wohlhabenden

# Des Orients erste Kinderrepublik.

Von Erich Gottgetreu.

Die arabischen Dörfer leben an den Bergen Galileas wie Vogel-  
nester; man sieht sie nur aus der Höhe. Es war für ein paar von  
ihnen eine kleine Revolution, als dann plötzlich dieses Koor Jela-  
dim mitten ins Land gesetzt wurde mit seinen roten Dächern, euro-  
päischen Bauformen, sauberen Straßen, Gemüsegärten, Blumen, selb-  
stamen Bewohnern.

Das waren Kinder, Waisen. Ein grauenhafter Tod hat ihnen  
in der Ukraine die Eltern genommen: Das Judenpogrom. Der  
heimatlosen neues Heim auf palästinensischem Boden wurde darauf-  
hin mit Geld erbaut, das aus Südafrika kam.

Was machen sie hier. Eine Republik. Eine Kinderrepublik.  
Sicher ist es die erste und einzige im Orient, der von ihrer Existenz  
noch gar nicht weiter Notiz genommen hat, was ihr nur gut tut:  
Die Ferne jeder großen Stadt und die Besonderheit der ganzen Insti-  
tution verhindert eine Reklame, die noch nie genügt hat; man kennt  
sogar noch zu Hause. Hier haben sie also nur die Araber. In Ken-  
ger pressen sie die braunen Gesichter an den Saum, und einmal sind  
auf Kamelen die Würdigen der Festlichen selbst gekommen, um zu  
fragen, ob sie ihre Kinder nicht hier gleich miterziehen lassen könnten.

Der Vorschlag kann unmöglich Erfüllung finden. Koor Jeladim  
würde, mit anderen Menschen besetzt, seines Inhalts vollkommen be-  
raubt werden, seines Inhalts, für den die gewählte Form von  
E. Bugatschoff, einem berühmten russischen Pädagogen, gegossen  
wurde.

Die Form steht so aus: Hundert Kinder wohnen hier, lernen  
hier, arbeiten hier in allen Zweigen der Landwirtschaft, die dem  
Wert eingegliedert ist — es gibt sich das alles aber nicht so zufällig  
und von ungefähr, denn Palästina oder wenigstens die Emel-Land-  
schaft soll den Kindern die Heimat werden, die sie nicht mehr haben:  
ein internationales, pazifistisches Erziehungsideal ist national basiert,  
vermutlich richtig basiert... und ganz entsprechend klingt die Ver-  
fassung, aus der ein paar Sätze herausgegriffen seien:

1. Koor Jeladim ist ein Dorf von Kindern, Jungen und Mäd-  
chen, die hier ein gemeinsames Leben der Arbeit und der Kultur  
führen. Die Bürger des Dorfes gründen alle ihre Handlungen auf  
die Basis sozialer Gerechtigkeit und vollkommener Gleichberechtigung.
2. Die Bewohner des Dorfes setzen sich zum Ziel das Ge-  
belthen von Koor Jeladim durch gewissenhafte und intensive Arbeit.
3. Pflichten und Rechte der Bürger: a) Jeder der Einwohner von  
Koor Jeladim ist verantwortlich für das, was im Dorf geschieht.  
Er hat mitzuarbeiten. b) Vollkommenes Kennnis der Landwirt-  
schaft, auch ihre Theorie, wird gelehrt und muß gelernt werden.  
c) Jeder muß sorgfältig über das allgemeine Vermögen wachen.  
d) Jeder Bürger ist verpflichtet, an dem elementaren Unterricht teil-  
zunehmen, der die Voraussetzungen schafft zum Aufbau eines kulturellen  
Lebens.

Das heißt, daß auch die Schule eine große Rolle spielt: sie ist

Bestand. Diese letzte Tatsache zeigt also, daß der Durchseuchungs-  
faktor als biologischer Schutz gegenüber dem Wohlfandfaktor stark  
zurücktritt.

Dr. Georg Wolff ist es vor kurzem gelungen, durch sehr sorg-  
fältige mathematisch-statistische Berechnungen, über deren Ergebnisse  
er in der „Allgemeinen Wochenschrift“ berichtet, die Abhängigkeit  
zwischen Wohnungsüberfüllung und Tuberkulosesterblich-  
keit im oben angeedeuteten Sinne nachzuweisen; hingegen fand Dr.  
Wolff, daß zwischen Krebssterblichkeit und Wohnungsüber-  
füllung nur eine unerhebliche Abhängigkeit besteht. Es ergab sich  
sogar mehrmals: je überfüllter die Wohnungen, um so geringer die  
Krebssterblichkeit oder umgekehrt. Versolgen wir diese Erkenntnis  
logisch weiter, so muß eine Abhängigkeit auch zwischen Krebs-  
und Tuberkulose vorhanden sein. Und diese besteht in der Tat insofern,  
als mit der sinkenden Tuberkulosesterblichkeit die Krebssterblichkeit  
steigt. Diese letzte Abhängigkeit ist wohl darauf zurückzuführen, daß  
der Krebs meist bei Menschen in höherem Alter vorkommt. Daß  
der erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose ist es gelungen, die  
Lebensdauer des Menschen wesentlich zu verlängern; es ist daher an-  
zunehmen, daß die Steigerung der Krebssterblichkeit durch die Ver-  
änderung der mittleren Lebensdauer zu erklären ist, da hierdurch ein  
immer größerer Teil der Lebenden in das „Krebsalter“ gelangt.  
Durch die Wolffsche Arbeit ist also die Bedeutung der Verleumdung  
als primäre Ursache für die Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit  
verneint, hingegen die hohe Bedeutung der sozialen Lage in den  
Vordergrund gerückt worden. Dadurch hat sich Dr. Wolff nicht nur  
um die Medizin, sondern auch um die Sozialpolitik große Verdienste  
erworben. Für die Krebssterblichkeit ließ sich freilich ein ähnlicher  
Einfluß der sozialen Lage nicht nachweisen.

## Merkwürdige Steuern.

Von Ernst Edgar Reimerdes.

Zwar ist zu allen Zeiten, was die Erfindung von Steuern an-  
belangt, allerhand geistigt worden, die Türkei aber darf den  
zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, auf der Suche  
nach neuen Einnahmequellen auf eine ebenso ungewöhnliche, wie  
geschmacklose Idee verfallen zu sein: die Besteuerung der Gesund-  
heit! Demnach müssen alle türkischen Staatsbürger, welche sich  
einer guten Gesundheit erfreuen, eine Sondersteuer entrichten. Was  
ist dagegen Mussolini mit seiner neu eingeführten Junggeleitens-  
steuer! — Schon im alten römischen Reich entfalteten die Herrscher  
eine blühende Phantasie, wenn es sich um die Erfindung neuer  
Steuern handelte. Kaiser Vespasian (6—79 n. Chr.) besteuerte  
sogar die Kloaken. Als sein ältester Sohn Titus ihm deswegen  
Vorwürfe machte, wies er ihn, indem er ihm einige aus der Abgabe  
herstammende Geldstücke hinhielt, mit dem berühmten gewordenen  
Auspruch zurück: „Non olet“ (Es riecht nicht). Um dem Unmut  
über neue Steuern Ausdruck zu verleihen, pflegt man zu sagen,  
nur noch des Einmalen der Lust sei steuerfrei. Dabei wissen die  
wenigsten Menschen, daß es schon einmal eine Luststeuer gegeben  
hat. Michael IV., der Paphlagonier, der normalige Kammerdiener  
Romanos III., den er im Bade erdrosselt hatte, war der Erfinder  
dieser merkwürdigen Abgabe. Für das Vergnügen, in seinem  
Reiche atmen zu dürfen, mußten seine Untertanen ein „ventigal  
serum“ entrichten. — Eine Kopfsteuer hat es bereits bei den  
Franken gegeben. In Schweden hieß sie Rosensteuer und sie soll  
der Nüchternheit nach vom Württemberger Ddin selbst eingeführt worden  
sein. Vermutlich handelt es sich dabei um eine Tempelsteuer, d. h.  
einen Beitrag zum Unterhalt der Opfer. — Am Ende des 13. Jahr-  
hunderts erhoben die Herzöge von Bayern infolge der ständig zu-  
nehmenden Hofhaltungskosten und der vielen Kriege sog. Rost-  
steuern vom Ertrag des Getreides und auf den Besitz von Vieh  
für ein Pferd oder einen Zugochsen wurden 24, für ein Rind 15

nicht mechanisch, schematisch, sondern, um die jeweiligen jahreszeit-  
lichen Interessenphären treffend, an das Natur- und Bauernleben  
angegliedert — wie es die moderne Pädagogik erfordert. Doch man  
den Schulzwang in die Verfassung aufnehmen, gewinnt insofern eine  
gewisse symbolische, auch kuriose Bedeutung, als heute in Palästina  
der Schulunterricht noch gar nicht obligatorisch ist — nicht anzu-  
nehmen, daß von den Zehntausenden von jüdischen Familien, die in  
den letzten Jahren hier eingewandert sind, auch nur eine einzige ihre  
Kinder nicht in die Schule schickt.

Das ganze Dorf wählt alle drei Monate eine Art Exekutivkomitee  
mit sieben Mitgliedern. Dieses Komitee führt die inneren Geschäfte.  
So macht der eine Junge über die „öffentliche Ordnung“, der andere  
über die „Volksgeundheit“, ein Mädchen über die „Volkswohlfahrt“,  
ein anderes über die Verwaltung der Finanzen. Die „Regierung“  
organisiert fernerhin die Arbeit, die ja in genügendem Maße ver-  
schafft wird von einer Domäne, welche tausend Dunam umfaßt —  
das sind neunhunderttausend Quadratmeter — und die hundert  
Kinder und auch noch ein paar Erwachsene ernähren soll. Wenn  
drei Monate abgelaufen sind, muß der Rat der Sieben öffentlich  
Rechnung ablegen, auf die Kritik der anderen antworten, sich über-  
haupt verantworten.

Verantwortung, Selbstverantwortung — das ist das Wesent-  
liche. Die Kinder haben zum Beispiel auch ein Gericht, Bugatschoff  
ist Präsident, aber Klage, Segenrede, Verteidigung ist Sache der  
Kinder, denn es geht ja immer nur um die eigene Sache; es zeigt  
sich da, daß die Kinder dann, wenn sie sich als Glieder eines Kollektivs  
fühlen, durchaus nicht grausam sind (noch nie wurde eine  
„Strafe“ von diesem Gericht verhängt); sie haben ja mit Macht und  
Gleichgültigkeit keine Kinderwertigkeitsgefühle zu verdrängen.

Gibt Kindern Autonomie nur in der Schule — es ist eine proble-  
matische Sache! Hier, wo sie alles haben, selbst Sorgen, wenn auch  
nicht die allerersten, hier, wo sich von morgens bis abends alles  
in Totalität des gleichen Wertes fügt, ist es eine gute und richtige —  
männ auch keine neue: schließlich hat schon zu Beginn des neun-  
zehnten Jahrhunderts Thomas Arnold, ein Engländer, die Weisheit  
des Schulstaats gefordert, und schließlich ist der seitdem in Amerika,  
England, Deutschland und Sowjetrußland auch öfters verwirklicht  
worden, kaum allerdings jemals im Orient.

Dafür wuzeln die Kinder von Koor Jeladim nun vollkommen  
im Heute. Sie geben sogar eine vierzehntägig erscheinende eigene  
Zeitung heraus, fünf Jungen und Mädchen redigieren sie selbst.  
Begabte Illustrieren. Die neunzehn ersten Nummern fanden vier-  
undsechzig Mitarbeiter. Die Blätter sind von einer rührenden  
Kohäsion und, ohne an einer einzigen Stelle weislich oder klüßig zu  
sein, von der stillen Größe guter Herzen.

Es gibt keine schönere Zeitung.

Es gibt keine schönere Republik.

und für ein Stück Schmalz 5 Pf. erhoben. Der Kaiser lehrte  
sich gegen diese Steuer auf und drohte mit Famm und Unterdrück-  
lich Adel und Städte erlangten manchen durch Drohung  
Befreiung von ihr. 1274 legte Rudolf I. den Städten sogar für die  
Kosten eines Reichstages eine Hofsteuer auf. — Eine merkwürdige  
Steuer, die in Medienzeug erst seit der Revolution verschwand  
ist, war die aus dem 13. Jahrhundert stammende Brünzessener-  
steuer. Sie wurde zuletzt anlässlich der Vermählung der ehemaligen  
Kronprinzessin Cécile in Höhe von 50 Pf. von jedem Haushaltungs-  
vorstand erhoben.

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in den ver-  
schiedenen Kleinstaatzen die verschiedenartigsten Steuern, wie Jung-  
frauensteuer, Junggeleitenssteuer, Heiratssteuer, Erbsteuer, Schatz-  
steuer, Karosiensteuer, Veräußerungssteuer und Bartersteuer, die dadurch  
aufgebracht wurde, daß jeder Einwohner jährlich eine bestimmte  
Menge Abführsalz aus den betreffenden fürstlichen Apotheken kaufen  
musste. Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel, der durch den  
Verkauf seiner Landestheile für fremden Heeresdienst zu trauriger  
Berühmtheit gelangt ist, führte zur Unterhaltung seiner Wäldereien  
den sog. Salzsteuer ein. — In Bayern mußte unter Maximilian  
Joseph III. für die Erlaubnis zur Heirat eine Abgabe entrichtet  
werden. Diese Heiratslizenzen brachten jedes Jahr etwa 150 000  
Gulden ein.

Natürlich gab es auch in außerdeutschen Ländern zahlreiche  
Steuerturios, so in England eine Haarpuddelsteuer, die bis in die  
neueste Zeit hinein erhoben worden ist, eine Lichtsteuer und eine  
Fenstersteuer, die erst 1851 aufgehoben wurde. (In den Nieder-  
landen besteht sie heute noch.) Eine der merkwürdigsten Steuern  
gelangte 1644 in England zur Einführung, dort mußte jede Familie  
wöchentlich eine Maßzeit ansaufen lassen und den Betrag dafür  
an die Staatskasse abliefern. Natürlich war eine solche Steuer nur  
in Zeiten großer Not möglich, wie sie damals in England herrschte.

## Die Macht der Kleinen.

Wie paar Jahre hat der Mensch das plötzliche und  
scheinbar unerklärliche Auftreten kleinerer Schädlinge anzu-  
kämpfen. In der Regel ist er gegen die ungeheuren Scharen solcher  
kleiner Insekten, die über seine Wälder und Felder herfallen, ziem-  
lich machtlos; er muß zusehen, wie große Werte vernichtet werden,  
bis den kleinen Schädlingen die Nahrung ausgeht oder deren natür-  
liche Feinde sich so vermehrt haben, daß die Schädlinge wieder auf  
ein erträgliches Maß herabgemindert werden. Fast immer ist die  
Kampfmittellosigkeit solcher Schädlinge darauf zurückzuführen, daß  
die Kulturen „einseitig“ sind, daß z. B. weite Strecken nur mit  
Fichten bewachsen sind. Fichtenschädlinge finden in einer solchen  
Gegend natürlich geradezu ein Dorado, haben Nahrung in Hülle und  
Fülle und vermehren sich entsprechend in einem solchen Umfang,  
daß für die Fichtenschädlinge über kurz oder lang eine Katastrophe  
hereinbricht. Ein solcher Fall hat sich z. B. vor einiger Zeit im  
Waldbesitz des Reichsgräflichen zugetragen, in dem sich im Verlauf  
von fünf Jahren die Borkenkäfer in solchen Massen entwidelt haben,  
daß eine Riesentatostrophe eingetreten ist. Man hatte 700 000 Fest-  
meter schlagbares Fichtenholz über das zufällige Abtriebsalter hinaus  
stehen lassen. In diesen zahlreichen alten Stämmen fand der sog.  
Buchdrucker, unter häufigster Borkenkäfer, die denkbar günstigsten  
Lebensbedingungen. Da niemand etwas zur Bekämpfung der unter  
der Rinde lebenden Käfer tat, vermehrten sie sich in dem alten  
Waldbestand ungeheuerlich. Ausgedehnte Fichtenbestände wurden  
dann von ihnen in kurzer Zeit zum Absterben gebracht. In einem  
von den Käfern befallenen Bestand von 90 000 Festmeter Holz  
zählte man auf einem einzigen Baumstamm nicht weniger als  
80 000 Käfer, Käferlarven und Puppen. Die befallenen Bestände  
mußten natürlich abgeholzt und die Stämme schleunigst abtransportiert  
werden.



# Groeners Programm.

## Der Reichswehrretai vor dem Reichstag.

Am Reichstag erfolgte gestern die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Die Beratung beschränkte sich zunächst auf das Landheer.

### Reichswehrminister Groener:

Im Haushaltsausschuss habe ich schon zu den meisten Fragen mich äußern können. Heute will ich nur grundsätzlich Stellung zu den Hauptproblemen der Reichswehr nehmen. Diese Probleme sind einmal die Wehrpolitik und die sich daraus ergebenden Forderungen, und zweitens die politische Haltung der Reichswehr an sich. Im Ausschuss waren die Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten einig in dem Bekenntnis zur Notwendigkeit des bewaffneten Landeschlusses. Aus einzelnen Bemerkungen des preussischen Ministerpräsidenten in seiner Rede möchte geschlossen werden, daß ich die Absicht vertrete, die militärischen Gesichtspunkte müssen den politischen vortreten. Das ist nicht der Fall. Nicht die militärischen Sachverständigen haben über unser Heerwesen zu entscheiden, sondern Regierung, Reichstag und Reichsrat. Der Soldat ist dabei nur Berater und Anrater. Ich gebe in dieser Auffassung konform mit dem preussischen Ministerpräsidenten, aber für mich kann in der Frage des Panzerkrieges nicht die preussische Regierung maßgebend sein, sondern nur die Reichsregierung, die in ihrer Gesamtheit dem ablehnenden Beschluß des Reichstags gegenüber die Forderung des Panzerkrieges in einer Doppelforderung aufrecht erhalten hat.

In den letzten Jahren hat sich die Technik so vervollkommen, daß ein modernes Panzerschiff von 10 000 Tonnen sehr wohl seine Aufgaben erfüllen kann.

Die Marineleitung will nicht etwa bauen, nur um den Verfall der Flotte auszuwachen, aber sie geht mit mir davon aus, daß eine modernisierte Flotte für den Schutz unserer Grenzen von größter Bedeutung ist. Wenn Ostpreußen und Ober-Schlesien gleichmäßig überfallen werden sollten, dann würde das Panzerschiff eine sehr wertvolle Ergänzung unserer Landstreitkräfte sein.

Wenn es uns gelingt, die Grenzen zu schützen, bis die internationalen Instanzen eingreifen oder bis das sogenannte Weltgewissen sich regt, dann würden Landheer und Marine ihren Zweck voll erfüllt haben.

Ist erst deutsches Gebiet verlorengegangen, dann ist es sehr schwer wiederzugewinnen. (Beifall.) Die Schwächigkeit der Grenzen ist ein Anreiz für unruhige Geister. Mit Militarismus hat dieser von mir vertretene Standpunkt nichts zu tun. Ich bekenne mich, wie wohl die Mehrheit der Kriegsteilnehmer, zu einem gesunden, vernünftigen Pazifismus, allerdings nicht zu dem, der einer tnechtlichen Gefinnung entspringt. Die Wehrpolitik ist die Dienerei der Außenpolitik; ich kann aber nicht eine ungünstige außenpolitische Wirkung aus der Bemittlung des Panzerkrieges erwarten; ich kann mir nicht denken, daß die kleine deutsche Wehrmacht irgendwo als Druck empfunden wird.

Eine so kleine Wehrmacht erfordert aber das Beste vom Besten in bezug auf Menschen, Ausbildung und Bewaffnung. Bei den Reichswehrangehörigen muß der größte Wert gelegt werden auf gute Auswahl, Ausbildung und Erziehung. Meinem Amtsvorgänger und dem ersten Ober der Heeresleitung gebührt Dank für die vorzügliche Arbeit in dieser Beziehung. Gegenüber dem Reichstag werde ich stets Wahrheit und Klarheit in Reichswehrrangelegenheiten an den Tag legen.

Meine größte Aufgabe wird es sein, die Angehörigen der Reichswehr zum Staatsgedanken zu erziehen (Beifall), zum rücksichtslosen Gehorsam gegenüber der Verfassung und den verfassungsmäßigen Instanzen.

Die überparteiliche Stellung der Reichswehr muß gewahrt werden. Darum werde ich auch rücksichtslos einschreiten gegen jede Entfremdung und jede Taktlosigkeit eines Angehörigen der Reichswehr. (Beifall.) Die Reichswehr soll sich das höchste Ansehen erlangen nicht durch den Ehrgeiz nach kriegerischen Lorbeeren, sondern durch den ehrlichen Willen, dem Frieden zu dienen und nur dem Frieden. Dazu bedarf ich der Unterstützung des Parlaments und der Presse. Ich werde jederzeit dankbar sein für vernünftige Kritik und berechtigte Klagen, denen ich nachgehen kann. Die Reichswehr muß bewahrt werden vor Sensationen.

Kein Angehöriger der Reichswehr darf Anlaß geben zu einer öffentlichen sensationellen Kritik, wie es in der Vergangenheit so häufig vorgekommen ist.

Ich werde dafür sorgen, daß solche Reichswehrrangehörigen verschwinden.

Es folgt die Rede des Abg. Künstler (Soz.), die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Abg. Graf von der Schulenburg (Dnat.) verteidigt zunächst die besonders hohen Kosten der Reichswehr, die der eigenartigen Lage Deutschlands entsprechen, und führt dann zum Kapitel Beförderung und Erziehung u. a. aus: In der so wünschenswerten Offiziers-

beförderung aus dem Unteroffizierstande stehen wir vor einem höchst bedauerlichen Dilemma. Die aus dem Unteroffizierstande kommenden Bewerber erliegen meistens in der Konkurrenz um die wissenschaftliche Bewertung. Wir hoffen aber, daß auch Ausnahmen gemacht werden und überragend befähigte Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden. Je kleiner das Heer ist, um so einheitlicher, geschlossener muß das Offizierkorps sein. Der Adel soll nichts voraus haben, er soll aber auch nicht schlechter behandelt werden. Ohne die Pflege der Tradition kann unser Heer nicht bestehen. Gerade der Offizier ist ihr Träger. Den Herren Dr. Gehler und Generaloberst v. Seeck wissen wir für ihre Tätigkeit und ihre Verdienste um die Reichswehr unseren Dank. Mit politischer Betätigung will das Heer, wollen die Offiziere nichts zu tun haben.

### Monarchie oder Republik ist nicht die Tagesfrage.

Die Reichswehr kann niemals eine Angriffsarmee sein, sondern hat die defensive Bestimmung, unsere Grenzen zu schützen. Weber Frankreich nach Belgien nach Polen noch irgendein anderes Land sind durch Deutschland bedroht. Zeit sollen wir auch noch moralisch entwaschen! Den deutschen Geist, der unserem ganzen Volke eigen ist, wird man aber niemals zerbrechen können. Auch meine Partei stimmt einer friedlichen Verständigung durchaus zu. Dieser schwierige und langwierige Weg wird für uns aber nur dann zu Erfolgen führen, wenn unser Volk dabei seine politische, seine nationale Freiheit auf dem Boden voller Gleichheit zurückgewinnt. Auch Deutschland muß das Recht und die Freiheit erhalten, seine Landesverteidigung so aufzubauen, wie es den großen Werten entspricht, die in seinem Lande zu sichern und zu schützen sind.

Abg. Erlang (R.) dankt im Namen des Zentrums dem aus dem Amte geschiedenen Minister Dr. Gehler. Wenn seine Amtsführung manchmal scharfe Kritik fand, so sei das erklärlich durch die besonderen Verhältnisse, die in der schwierigen Uebergangszeit bestanden. Das Zentrum hoffe, daß General Groener das Werk der Ausgestaltung unserer Wehrmacht mit dem gleichen Pflichtbewußtsein wie seine Vorgänger fortsetzen werde. Die vom Reichsrat unter preussischem Einfluß beantragten Abstriche beim Wehretat seien wohl in der Hauptsache nicht auf den Willen zur Sparsamkeit zurückzuführen. Die preussische Regierung sei im eigenen Hause auch nicht sehr sparsam. Der Streichungsbescheid des Reichsrats entfinne weniger schädlichen als politischen Motiven. Die sozialdemokratischen Streichungsanträge würden den Erfolg haben, daß die Reichswehr schlecht ausgerüstet ist. Dann wäre es konsequenter, überhaupt die Abschaffung der Reichswehr zu beantragen.

Abg. Brünnhans (D. Sp.) schließt sich den anerkennenden Worten des Vorredners für den früheren Reichswehrminister an und fährt dann fort: Es bleibe an dem Ehrgefühl der Offiziere und Soldaten zweifeln, wenn man ihre

### Treue zum heutigen Staat

in Zweifel ziehen wollte. Doch diese Zweifel unberechtigterweise immer wieder in der Presse ausgesprochen werden, kann nicht gerade die Empfindlichkeit der Reichswehrrangehörigen für diese Presse und die hinter ihnen stehenden Kreise steigern. Der Redner erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem vom Minister Groener vertretenen Auffassung über seine Aufgabe. Deutschland kann mit seiner kleinen Wehrmacht keinen Angriffskrieg führen, kann damit vielleicht kaum seine Neutralität verteidigen, und da redet man noch von einer deutschen Gefährdung des in Waffen stehenden Frankreich. Angesichts

# Preußens Kulturpolitik.

## Der Unterrichtsminister über den republikanischen Kurs.

Der Landtag nahm am Mittwoch die zweite Lesung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vor, die in vier Abschnitten vorgenommen wird. Zum ersten Abschnitt Volksschulen und Kirche berichten aus dem Hauptausschuß die Abgg. Dr. Steffens (D. Sp.), König-Sminemünde (Soz.) und Graue (Dem.). Danach nimmt sofort das Wort

### Kultusminister Dr. Becker:

Zu Beginn der Verhandlungen möchte ich einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des letzten Jahres geben. Ich bin den Grundgedanken, die mich seit Uebernahme meines Amtes leiteten, treu geblieben. In einem so parteipolitisch und weltanschaulich zerrissenen Volke ist es natürlich schwer, das Gut deutscher Bildung vor einseitiger Vergewaltigung zu schützen. Meine Politik mußte deshalb

der gewaltigen Aufrüstung durch das neue Rekrutierungsgefeß hat die Befehle des deutschen Rheinlandes jeden Sinn verloren. (Beifall.) Bei der Zusammenlegung des Offizierkorps darf kein Stand bevorzugt werden oder man darf auch den Adel nicht benachteiligen. Den ausscheidenden Offizieren muß Gelegenheit gegeben werden, dem Staat in irgendeiner Form weiterzudienen. Die Verlegung der ausscheidenden Soldaten wird erleichtert durch die passive Resistenz, mit der Sozialdemokraten in den Krankenkassen und anderen Instituten die Anstellung der Verlegungsanwärter verhindern. Parteipolitik muß aus der Reichswehr ferngehalten werden. Die Frage der wünschenswerten Beförderung tüchtiger Unteroffiziere zu Offizieren ist mehr eine Frage der Schulfenntnisse. Man kann nicht mit dem Abg. Künstler sagen, daß durch Verzicht auf das Abiturientenexamen das Bildungsniveau des Offizierkorps nicht herabgesetzt werde. Gegenüber den Angriffen, die beim vorjährigen Etat gegen die Reichswehr gerichtet worden sind, ist heute ein erfreulicher Fortschritt in der Beurteilung auch seitens der Linken festzustellen. Wir wünschen jedenfalls, daß die Reichswehr immer mehr ein brauchbares zuverlässiges Instrument in der Hand des Staates wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.) erklärt, er habe trotz scharfer scharfer Gegenjahre große Verehrung für den ausgeschiedenen Minister. Dr. Gehler sei es leider nicht gelungen, sein bei der Amtsübernahme im März 1920 verkündetes Programm zu verwirklichen.

Der Redner verliest Teile dieser Programmrede, in der Dr. Gehler u. a. den Willen ausdrückt, beim Offizierkorps in erster Linie diejenigen zu berücksichtigen, die offen für Demokratie und Republik eingetreten sind.

Vielleicht hätte sich die Reichswehr besser entwickelt, wenn nach dem Kapp-Putsch nicht die Sozialdemokraten den Radikalismus als Wehrminister verlangt hätten. Dem neuen Minister Groener, so erklärt der Redner, bringen wir ein hohes Maß von Vertrauen entgegen. Der Rede des deutschnationalen Abg. v. d. Schulenburg können wir in vielen Punkten zustimmen. Wir erstreben als Voraussetzung der allgemeinen Befriedung ein gutes deutsch-französisches Verhältnis. Das kann aber erst erreicht werden, wenn das offizielle Frankreich eine andere Haltung zu uns einnimmt und aufhört, das entwickelte Deutschland als eine Gefahr für Frankreichs Sicherheit zu behandeln. Für Frankreich gebe es nur einen Schutz, eine wirkliche und aufrichtige Verbündung mit uns herzustellen und uns das zuzubilligen, was unser gutes Recht ist. Der Geist der Wehrhaftigkeit, der Wille zur Verteidigung des Vaterlandes lebt in der republikanischen Wehrheit unseres Volkes und auch in den vernünftigen Basisten. Wir treten uns des Bekenntnisses des Ministers Groener zum vernünftigen Pazifismus. Wir erwarten, daß jede Verbindung der Reichswehr mit politisch unzuverlässigen Verbänden verhindert wird. Der Kaffhäuserbund mag in seiner Leitung loyal sein, wenn diese Leitung aber nicht Beschlüsse der Unterorganisationen verhindern kann, die sich gegen die Reichsfarben richten, dann kann auch eine Verbindung dieser Organisation mit der Reichswehr nicht geduldet werden. In der Reichswehr muß mit der Erziehung zur Republik endlich Ernst gemacht werden. Wir wollen die Armees nicht politisieren, aber der Offizier muß mit dem Wesen des republikanisch-demokratischen Staates vertraut gemacht werden damit er stolz sein kann auf den Staat und die Staatsform, die er verteidigen soll.

Abg. Colb (Bayr. Sp.) schließt sich den anerkennenden Worten für die Tätigkeit des früheren Ministers Dr. Gehler an. Er begrüßt die Ausführungen des Ministers Groener und unterstreicht die Erklärung, daß die Kriegsteilnehmer sich zu einem gesunden Pazifismus bekennen, der keineswegs den Willen zur Landesverteidigung ausschließt. Der Redner stimmt auch den Ausführungen des Ministers darin zu, daß die Reichswehrrangehörigen zur Staatsgefinnung erzogen werden müßten. Gefinnungsschwäche müsse freilich unterbleiben.

Um 19¼ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

nicht eine Politik des Kampfes, sondern der Verböhnung sein. Eine Gefahr für unsere Bildungshöhe ist mißverstandenes soziales Mißleid. Die einflussreichen Parteien haben allerdings niemals den Versuch gemacht, Bildungsgleichheit und damit Niveauerhöhung herbeizuführen.

Nicht Bildungsgleichheit, sondern gleiche Entwicklungsmöglichkeit für alle ist unsere Parole.

Unsere Kulturpolitik kann nur eine republikanische Politik sein. Der einzelne Bürger kann glauben, was er will, ein republikanischer Bildungsminister aber muß den republikanischen Staatsgedanken pflegen und fördern. (Zuruf links: Es wird auch die höchste Zeit!) Der Minister geht hierauf auf einzelne Fälle ein, in denen rechtseingestellte Professoren und Lehrer sich anti-

**Leopold Gadriel**  
Das Haus für große Weiten  
KÖNIG-STR. 22-26

Kombiniertes reißwollenes Kashakleid	Der Rock ist aus vorzüglichem reißwollenem Chromoline, welcher im Vorderteil mit einem überlegenen Gruppenreiß versehen ist. Der Jumper hat einen spitzen Ausschnitt u. ist mit einem Wollschürze geg. art. Dieses wirkende Kleid kostet in allen mod. Kashakfarben	21.-
Strickkostüme	von seltener Schönheit und Güte in ungeheurer vielen Strick- u. Wollarten, in vielen Farbstellungen	15.- und 20.-
Kleiderröcke	in ungeheurer Auswahl, aus verschiedenen reißwollenen reißwollenen mit dem modernsten Nahtsystem auf Gummiring, in allen Farben, auch schwarz und marine	15.-
Hocheleganter Kasha-Rock	mit einer 30 cm hoch u. 80 cm. breiter, davor ist ringsherum ganz fein pünktlich auf Gummiring letzte und allgerüste Naht für das Frühjahr, in vielen Farben	11.-
Hocheleganter Frauenmantel	aus prima reißwollenem seidenglanzenden Tuch. Der Mantel ist an den Seiten mit Biesen abgesteppt, hat dezente Treppengarnierung und Seidensulzer. Durch seine vornehme Schlichtheit erhält der Mantel eine ganz besondere Note. In den allergrößten Frauenweiten, schwarz u. farbig	39.-
Ueberschöpflich ist die Auswahl in Cröpe de Chine-Volle-Blusen	aus prima reißwollenem reißwollenem, welche zu ungewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf gelangen. Es ist unmöglich alle die vorerwähnten Angebote aufzuschreiben, die sich in meiner Blusen-Abteilung befinden u. a. Hochelien mit Handnähten in den verschiedensten Modarten, in bester Qualität, in 2 u 3	6.-
Blüsende schöne Bulgaren-Blusen	aus prima Voll-Volle mit feinem farbigen Stickereien	9.-

Es ungewöhnlich billiger Spezial-Verkauf wundervoller

**Morgenröcke**  
mod. Art zu ungläublich billigen Preisen!

Serie I Blüsende schwarze	Morgenröcke	4.50
Serie II Entzückende	Morgenröcke	9.-
Serie III Hocheleg.	Seiden-Morgenröcke	59.-
Prüfungs- und Konfirmations-Kleider		15.-

in nur zweckentsprechend modernen Formen und in vorzüglicher Verarbeitung in Taft

republikanisch geäußert haben und spricht darüber seine schärfste Mißbilligung aus.

Die vielbesprochene Frage der Schulbücher soll jetzt gelöst werden. Dabei ist nicht zu vergessen, daß es sich um Tausende von Schulbüchern handelt, die nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgesehen werden müssen. Es wird dazu ein Ausschuß führen, der die Pädagogen berufen, der dabei dem Minister beratend zur Seite stehen soll.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens ist besonders zu beklagen die starke Belastung der Landgemeinden, die fast gestiegen ist. Leider stehen nicht mehr wie früher für die Schulverbände Reservefonds zur Verfügung. Während 1913 jedes Volksschulkind dem Staate 64 M. kostete, sind 1926 166 M. pro Kopf aufzubringen. Die Lage der Schulverbände in Ostpreußen ist besonders besorglich. Leider ist hier jede Reichsunterstützung ausgeblieben. Im allgemeinen aber wird das Äußerste getan, um im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Lasten der Schulverbände zu mildern.

Besonderes Augenmerk ist zu richten auf die Entwicklung zum sozialen Volksstaat.

Meine Mitarbeiter sind mit mir der Auffassung, daß mit den Aufbauschulen und den pädagogischen Akademien außerordentliches geleistet ist. Dazu gehört auch die Begabtenprüfung, die ohne Reiseprüfung das Hochschulstudium zuläßt.

Neben diesen Organisationsfragen steht die Frage der Pädagogik, die ich im Zusammenhang mit der Beantwortung der Großen Anfrage der Volkspartei, weshalb ich nicht gegen eine sozialistische Schülerversammlung eingetreten bin, die sich mit dem Kranz-Prozess beschäftigte, und der deutsch-nationalen Anfrage über die vielfachen Schülermorde und Selbstmorde, erörtern will.

Der Minister weist darauf hin, daß er formal gar nicht in der Lage gewesen sei, die Schülerversammlung zu verbieten. Durch das Provinzialschulkollegium seien aber die Schüler höherer Lehranstalten auf das Ungeeignete solcher Versammlungen hingewiesen, die nicht geeignet seien, solche Probleme zu vertiefen. Im übrigen habe die Diskussion bei den Jugendlichen auf einer Höhe gestanden, wie er sie jeder Versammlung unter Erwachsenen wünsche. In bezug auf die deutsch-nationalen Anfragen meint der Minister, daß die Deutschnationalen einen Einzelfall bedauerlicherweise verallgemeinern. Die Anfrage laufe darauf hinaus, der Schule die Schuld an solchen Vorkommnissen in die Schuhe zu schieben. Allerdings zwingt die Behandlung des Sexuallebens durch die

Schule zu einer Reform. Die Lehrerschaft müßte sich auch innerlich mit der Behandlung dieser Fragen vertraut machen. Gerade in dieser Zeit sei die Jugend von Gefahren bedroht, gegen die Elternhaus und Schule gemeinsam und vor allen Dingen die Jugend nur sich selbst helfen könnten.

**Abg. König-Ewinemünde (Soz.):**

Die politische Lage in Deutschland wird beherrscht vom Scheitern des Schulkompromisses im Reich. Das fordert zu einem Vergleich heraus. Im Reich scheiterte das Gesetz am Bürgerblock, in Preußen wird unter der Weimarer Koalition in Kulturfragen weitestgehende Verständigung erzielt. Das Reich streift für die Junglehrer in diesem Jahre 3 Millionen, während Preußen im vorigen Jahr allein 11 Millionen für diese einsetzte. Das Reich hat bis jetzt nichts übrig gehabt für die Unterbringung der Flüchtlingslehrer, Preußen hat bisher allein für sie sorgen müssen; im Reich sind die Deutschnationalen für den Völkerverbund, in Preußen wenden sie sich gegen eine Politik im Sinne der Völkerverständigung; der Bürgerblock im Reich will 80 Millionen für einen Panzerkreuzer ausgeben, in Preußen stehen keine Mittel zur Verfügung für Schulbauten, Krankenhäuser und Befestigung der Ost der Junglehrer. Im Reich drängt man die Republikaner aus den Ämtern heraus, während Preußen die Republik durch seine Politik stützt. Trotz der eben gehörten Ausführungen des Ministers bemerkt man von seiner republikanischen Politik nicht viel. Das zeigt die Berufung von Reaktionsären in leitende Stellen. Gegenüber den anti-republikanischen Ausschreitungen von Schulmännern erwarten wir schärferes Durchgreifen, als nur die vom Ministerium ausgesprochene scharfe Mißbilligung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Fundament der deutschen Republik ist die Arbeiterschaft. Deshalb hat das Ministerium die Pflicht, auch diesen Kreisen den allgemeinen Bildungsweg zu den Hochschulen zu ebnen.

Leider sind die dafür zur Verfügung gestellten Mittel viel zu gering. Das gilt auch für die Einrichtung der Landesbühnen, durch die den Rinderbittelten gute Kunst geboten wird. Leider ist auch die schöpferische Kraft des Berliner Malers Hans Baluschek vom Ministerium viel zu wenig beachtet worden. Man hätte längst Gelegenheit gehabt, diesem Namen einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Posten anzuvertrauen.

Wir erwarten, daß der Minister seine Worte in die Tat umsetzt und auch der Arbeiterschaft endlich mehr Entgegenkommen als bisher

zeigt. Das gilt sowohl für die Einrichtung von Sammel-schulen, als auch für die Berliner Lehreraekademie, die ohne Rücksicht auf die Weltanschauungen kommen muß. Mit diesen Forderungen, die unsere Ziele sind, werden wir in den Wahlkampf ziehen und auch den Sieg erringen! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Frau Lehmann (Dnat.): Die Politik des Ministers ist eine Schaupolitik. Das trifft besonders zu auf die Haltung des Ministers zum Reichsschulgesetzentwurf, der nicht durch den Bürgerblock, sondern durch die preußischen Schwierigkeiten gescheitert ist. Statt Völkerverständigung zu treiben, muß in der Schule die Kriegsschuldfrage bekämpft werden. Der Minister hat nicht den Willen, aktive deutsche Kulturpolitik zu treiben.

Abg. Dr. Lauscher (Z.): Leider hat das Beispiel Preußens in seiner Haltung zum Reichsschulgesetzentwurf anleidend auf die anderen Länder gewirkt. Der Liberalismus hat seine kulturkämpferische Tendenz immer noch nicht aufgegeben (!). Das trifft auch auf die Lehrerbildung zu. Der Redner polemisiert zum Schluß gegen den mexikanischen Präsidenten Calles, der dem Kultusministerium ein Geschenk gemacht habe und dessen Katholikentum verabscheuungswürdig sei (!).

Abg. Dr. Schwarzhaupt (D. Sp.) wendet sich gegen den Abg. Dr. Lauscher, der den Liberalismus zu Unrecht für das Scheitern des Schulgesetzes verantwortlich macht.

Bedauerlich sei die Ablehnung einer staatlichen Unterstützung von 15 000 M. zur Erhaltung des Goethehauses in Frankfurt a. M.

Die Volkspartei sei gegen eine Herabwürdigung der Republik und ihrer Symbole, aber sie verlange die Aufrechterhaltung der politischen Meinungsfreiheit für die Beamten.

Kultusminister Dr. Becker: Für das Goethehaus in Frankfurt a. M. hat sich in erster Linie die Stadt Frankfurt einzusetzen.

Abg. Kerff (Komm): Die Kulturpolitik des Ministers kommt selbst mit der formalen Demokratie in Widerspruch. In ihrem Verhalten zum Reichsschulgesetz hat sich die Staatsregierung geradezu entlarvt.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) verteidigt gegenüber dem Abg. Dr. Lauscher die Simultanische. Die republikanische Personalpolitik müsse mehr gefördert werden als bisher.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag, den 15. März, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Eingabenberichte, Keiners Vorlagen, Stellenplan, Fortsetzung der zweiten Beratung des Kultus-etats, Abstimmungen über die zum Handels- und Gewerbeetat und zum Etat des Staatsministeriums gestellten Anträge.

# Hotel Excelsior

Eigentümer: Curt Eschner Größtes Hotel des Kontinents 600 Zimmer - 750 Betten

Heute Donnerstag, dem 15. März 1928, mittags 12 Uhr wird der

## Excelsior-Tunnel

der erste Hotel-Tunnel der Welt in diesem Ausmaße

feierlich eröffnet und dem allgemeinen Verkehr übergeben

Eine neue Sehenswürdigkeit für Berlin!

In der Nachmittags von 4-7 Uhr / Abends ab 8 Uhr

**Hotel-Großes Monster-Fest-Konzert Halle: Eilm Schachmeister mit 20 Solisten**

**Im Wein- und Bier-Restaurant**

Hauskapelle - Verstärktes Orchester

**Fest-Diners und Soupers**

zu den üblichen Tagespreisen - ohne Aufschlag

Bekannte erstklassige Küche! • Küchendirektion: WALTER PAPE

# OSTERFAHRT

ins westliche

## Mittelmeer

mit

»MONTE SARMIENTO«

am 25. März ab Hamburg

nach Lissabon, Cadix, Sevilla, Algier,

Palma de Mallorca, Barcelona,

Nizza, Genua

Noch einige Plätze frei

Fahrtpreis von

RM. 220.- an

Interessenten wollen sich sofort wenden an  
**HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT**

GENERALVERTRETUNG BERLIN

Unter den Linden 6, im Hotel Bristol

**Beglaubigte Abschrift.**

Geschäftsnummer: 29. J. 1492 S. II 192-26.  
Strafliche gegen den Schriftleiter Dr. Karl Arnold in Essen, Füllstraße 48, geboren am 21. Mai 1873 zu Guterhagen, Kreis Hamm, wegen Verleumdung durch die Presse.

1. Das erweilerte Schöffengericht in Essen hat am 25. Februar 1927 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verleumdung wegen §§ 185, 186, 200 StGB zu einer Gefängnisstrafe von 2 - zwei - Monaten teilweise verurteilt.

Dem Verurteilten, Landtagsabgeordneten Ruttner wird die Beweismittel gesprochen, den erkennenden Teil des Urteils binnen 6 Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an ihn im „Neuen Wort“, der „Volksmacht“, Essen, und dem „Botenpost“, Berlin, auf Kosten des Angeklagten je einmal zu veröffentlichen.

2. Die III. große Strafkammer des Landgerichts in Essen hat am 19. September 1927 für Recht erkannt:

Die Verurteilung der Staatsanwaltschaft wird auf Kosten der Staatskasse verworfen.

Auf die Verurteilung des Angeklagten wird das angeordnete Urteil hinsichtlich des Strafmaßes dahin abgeändert, daß der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 1 - einem - Monat verurteilt wird.

Das Urteilstatistik des angeforderten Urteils ausreicht. Die Kosten seiner Verurteilung trägt der Angeklagte.

3. Das Schöffengericht, 3. Strafkammer in Berlin, hat am 12. Januar 1923 für Recht erkannt:

Die Revisionen gegen das Urteil des Landgerichts in Essen vom 19. September 1927 werden verworfen; dem Angeklagten werden die Kosten seines Rechtsmittels auferlegt. Die Kosten des Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft hat die Preussische Staatskasse zu tragen.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformeln wird beglaubigt. Das Urteil ist rechtskräftig.

(L. S.) des Untergerichts  
Essen, den 11. Februar 1928.

Die Richtigkeit der Abschrift bezeugt.  
Essen, den 21. Februar 1928.

(Siegel) Hermann  
Kantaleitend.

**Das müssen Sie lesen!**

Hochaktuell! Sensationell!

Das packt Sie und reißt Sie mit fort und bringt Ihnen bisher nicht gekannte Vorteile!

Spuk u. 2 zusammen RM. 1.-

Bestellen Sie sofort, da beschränkte Auflage.

Spuk-Verlag, Leipzig 61, Plagwitz Straße 7a.

Postcheckkonto: Leipzig 607 61.

# 4 Frühjahrs Angebote



**Trench-Coat**  
der mod. Wettermantel f. Straße u. Sport m. Oeltucheinl. u. Plaidfutter **45.-**

**Vierteiliger Sportanzug**  
Cheviotcharakter, nach engl. Art gemustert, mit Knickerbocker od. Breeches und langer Hose **60.-**

**Sakkoanzug**  
brauner Cheviot mit dezentem Ueberkaro **45.-**

**Frühjahrsulster**  
aus wollenen mittel- und hellgrauen Shtlandstoffen m. Abseits **75.-**

Größte Auswahl  
Gute Qualitäten / Billige Preise

# BAER SOHN & CO

BERLIN N4, Chausseestr. 29/30. U-BAHN: Stettiner Bf.

LJUERGENS  
ALEXANDER PLATZ



**Achtung! Ausnahmetage**

in magrem Speck, fettem Speck, Mettwurst, Braunschweiger, Linsen, Magerer und fetter Speck bei 8 Pfund 1,05 Mk., Mettwurst 0,85 Mk., Braunschweiger 1,00 Mk., Linsen 0,60 Mk.

Borsigstr. 18, Badische Platz

## NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten mit Doppelschrauben-Dampfern für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

# CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt

Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin, G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Hotel Adlon), Fernspr.: Zentr. 122 30 u. 122 31, F. Montanus, Generalvertretung d. Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 43 (zwischen Lehnert u. Stettiner Bahnhof), Fernsprecher Norden 12 241 und 7916, Weltreisebureau „Union“, Unter den Linden 22, Potsdam: E. Rössler, Brandenburger Straße 11.